

asyl

4 • 2015

aktuell

Zeitschrift der
asylkoordination
österreich

Schutz ohne Grenze



Dublin III –
Weitermachen
Fluchthilfe –
Schlepperkonferenz
Kinderflüchtlinge –
Gefährliche Verwahrung

Inhalt

- 01 Editorial**
- 02 Anerkannte Flüchtlinge: Prolongierte Abhängigkeit**
Herbert Langthaler
- 08 Kommentar: Keine Angst vor Mut**
Veronika Dolna
- 10 Interview: Resettlement Kapazitäten steigern**
Gespräch mit Christoph Pinter
- 16 Fragwürdige Neuerungen**
Anny Knapp
- 22 Beschleunigte Verfahren: Raus, aber schnell**
Heiner Busch
- 29 Arbeiten ohne Papiere... aber nicht ohne Rechte!**
Sandra Stern
- 32 Wenn das Klima das Leben unmöglich macht**
Katharina Glawischnig
- 38 Erwachsen über Nacht?**
Marie-Thérèse Rothkappel
- 42 Globaler Ausnahmezustand**
- 44 Landschaft: Solidarität als Mittel gegen die Angstgesellschaft**
Plattform Altmünster Für Menschen
- 46 Kurzmeldungen**
- 52 Bücher**

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Jetzt haben jene weitgehend recht behalten, die vor dem Backlash gewarnt haben, einem Rückschlag nach der Öffnung der Grenzen für Schutzsuchende, nach der klaren Haltung der Wiener-SPÖ, nach der bis in den Boulevard hinein gehenden positiven Berichterstattung über die breite Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Zur Stunde, in der ich diese Zeilen schreibe, stehe ich – ich muss es zugeben – unter Schock. Die Ankündigung der Regierung, eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen, noch dazu in einer völlig absurden Höhe von 37.500 für das laufende Jahr verordnen zu wollen, übertrifft die schlimmsten Erwartungen.

Die Wochen nach Jahresbeginn wurden dominiert von einem rapiden Verfall der politischen und diskursiven Kultur. Medien und rechte PolitikerInnen führten nach den sexistischen Übergriffen der Silvesternacht in Köln vor, wie Themensetzungen in der Mediendemokratie funktionieren. Aussagen wie „das wird man ja noch sagen dürfen“, „Medien müssen ohne Zensur berichten können“ und ähnliches sollten rassistische Zuschreibungen rechtfertigen. Alleinstehende männliche Flüchtlinge kamen unter Generalverdacht, tätliche Übergriffe auf Flüchtlinge in Köln und anderswo folgten und auch in Österreich bewaffnen sich rechte Bürgerwehren. Als ein Ergebnis dieser hysterischen Debatte nun die Aufrüstung der österreichischen Schengengrenze und die Idee von verordneten Flüchtlingsobergrenzen.

Hier werden europäische Grundwerte über Bord geworfen. Wobei die Tragweite solcher Maßnahmen scheinbar weder den handelnden PolitikerInnen noch den kommentierenden Medien klar ist. Sie sind nämlich in keiner Weise mit der in Österreich und in der Europäischen Union verbindlichen Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) vereinbar. Wird die GFK, dieses zentrale Schutzinstrument für Flüchtlinge in Frage gestellt, geraten auch Menschenrechte, wie die Anti-Folterkonvention oder die Konvention zur Abschaffung der Todesstrafe ins Wanken. Die gesamte Architektur der Grund- und Menschenrechte wird durch solche Abschottungs- und Abschreckungsmaßnahmen untergraben.

Dass eine praktische Umsetzung der Flüchtlingsobergrenzen nicht möglich, die Idee naiv und realitätsfern ist, bleibt ein schwacher Trost, werden doch dadurch Menschen gezwungen wieder gefährliche, illegale Fluchtwege zu beschreiten.

Was wir im tagtäglichen Umgang mit Flüchtlingen und FlüchtlingshelferInnen erleben, entspricht allerdings in keiner Weise der aufgeheizten Stimmung, die von den Medien vermittelt und erzeugt wird. Nach wie vor erreichen uns täglich Dutzende Anrufe von Menschen, die helfen wollen oder konkreten Rat brauchen.

Wir werden diese Menschen weiter unterstützen und gemeinsam mit ihnen den Kampf um die Rechte der Flüchtlinge weiterführen.

Wir vertrauen dabei auf Ihre Unterstützung,

Herbert Langthaler

Flüchtlinge Willkommen



Einen Monat lang konnten wir für 110 Gäste Schlafplätze, Verpflegung, medizinische Versorgung, Waschmöglichkeiten, DolmetscherInnen, Kleidung, Fahrdienste, Zugtickets und Beratung anbieten.

Während verängstigte PolitikerInnen ein „Ende der Willkommenskultur“ einfordern hält die Hilfsbereitschaft in weiten Teilen der Bevölkerung an. In vielen Initiativen machen sich zwar die „Mühen der Ebene“ bemerkbar, es gibt aber nach wie vor unglaublich viel Engagement. Für jene, die bei ihrer Arbeit an Grenzen stoßen haben sich inzwischen viele SupervisorInnen, MediatorInnen und OrganisationsberaterInnen gefunden, die Initiativen ehrenamtlich begleiten. Vom Dachverband der SupervisorInnen über Netzwerke wie die *Plattform OrganisationsentwicklerInnen für Flüchtlingshilfe* bis zum *Forum Alpbach* oder *Greenpeace* reicht die Liste der UnterstützerInnen für HelferInnen und Initiativen. Überall dort wo Begegnung zwischen Flüchtlingen und Einheimischen stattfindet, verbessert sich auch das politische Klima, haben rechte Populisten weniger Chancen. Dies hat auch jüngst eine Untersuchung an der Politikwissenschaft in Wien an Hand der Wahlergebnisse in Oberösterreich ergeben. Flüchtlingsinitiativen sind also mehr als Helferlein, sie sind wichtige politische AkteurInnen.

Wir lassen in der Folge in erster Linie wieder Menschen selbst zu Wort kommen, die in den vergangenen Monaten durch ihr Engagement Bereicherung und Herausforderungen erlebt haben.

Arsenal, Objekt 219

Rauschähnlich, so fühlte sich die erste Septemberwoche am Hauptbahnhof an. Die HelferInnen zählten täglich mehr als 5.000 Ankommende, die versorgt werden mussten und die Präsenz der staatlichen Rettungskräfte erschien alles andere als angemessen. Flüchtlingskrise? Welche Krise erleben wir hier überhaupt? Handelt es sich nicht viel eher um eine Krise der Solidarität? Während sich die Freiwilligen bereits ver Hundertfacht hatten, arbeiteten die Rettungskräfte noch immer am Aufbau des ersten Katastrophenzuges.

Das Objekt 219 steht den Studierenden der TU Wien ganzjährig als Experimentierstube zur Verfügung. Es bietet eine große Versuchshalle, eine Gemeinschaftsküche inklusive Speisesaal, Waschmöglichkeiten und Toiletten. Das alles in wenigen Minuten Gehzeit vom Hauptbahnhof erreichbar. Wie geschaffen für Not-schlafplätze.

Wie wir uns organisiert haben? Ehrlich gesagt weiß ich es nicht genau. Von der ersten Idee die Uni-Direktion um Erlaubnis zu bitten bis zum Vorbereiten der Halle lief noch alles relativ koordiniert ab. Am dritten oder vierten Tag waren wir, glaube ich, das erste Mal voll ausgelastet mit 110 Gästen. Wir hatten uns vorgenommen jeden Abend ein Meeting zu machen. Wenn ich mich recht erinnere, fand das zweite Meeting bei dem alle Beteiligten anwesend waren nach einer Woche statt. Vor Mitternacht gab es keine Zeit zu reden. Die Aufgaben waren grob verteilt: ein Kochteam, das großteils aus Gästen bestand, die Verantwortlichen für die Schlafhalle, Einteilung der Betten, Putzen und Lager, Fahrer, KoordinatorInnen, DolmetscherInnen usw. De facto organisierten sich diese Kleingruppen jeweils autonom.

Einen Monat lang konnten wir für 110 Gäste Schlafplätze, Verpflegung, medizinische Versorgung, Waschmöglichkeiten, DolmetscherInnen, Kleidung, Fahrerdienste, Zugtickets und Beratung anbieten. Da wir mit unserem Platz auf 110 Gäste beschränkt waren und unsere Team bestimmt aus 30 HelferInnen bestand, konnten wir diese Rundumversorgung ohne Ausfälle bieten und es wurde uns häufig von Gästen rückgemeldet, dass sie bei uns zum ersten Mal auf ihrer Flucht eine persönliche herzliche Atmosphäre spürten im Gegensatz zu all den riesigen Notquartieren. Einige blieben eine ganze Woche bei uns.

Unser jüngster Gast, ein drei Monate altes Baby. Unser ältester Gast, eine ca. 80-jährige Dame in Begleitung von ihrem Enkelsohn. Unsere größte Herausforderung, ein 14-jähriger Unbegleiteter. Unsere vertrautesten Gäste, die fünfköpfige „Harleyfamilie“ aus dem Libanon, die jetzt in Österreich lebt. Unser skurrilstes Spendenangebot: 2,4 Tonnen Erdäpfelkas aus Oberösterreich.

Wie viele HelferInnen von den Bahnhöfen berichten, sind auch wir in diesem Monat zu einer Familie zusammengewachsen. In beinahe allen nachträglichen Gesprächen fiel der Satz: „So viel getan wie in der letzten Zeit habe ich noch nie.“ Ich glaube die Energie von uns allen kam daher, dass jedeR das Gefühl hatte, im „Helfen“ sein gesamtes Potenzial ausschöpfen zu können. Ich könnte mir keinen direkteren Weg vorstellen etwas beizutragen.

Liebe und Frieden

Objekt 219

Distant Call, Direct Action

Forks (Washington). Das ist das kleine verregnete Dorf in dem Twilight gedreht



Es macht oft extrem Spaß, ist etwas Besonderes, weil es funktioniert, weil wir uns gegenseitig ergänzen.

wurde. In Forks also gehen wir in ein Diner – nach fast zwei Wochen ohne Internet gibt es dort WLAN. Da erfuhr ich zum ersten Mal von den Zuständen in Traiskirchen. Unzureichende Mengen an Nahrungsmitteln, unfassbar schlechte hygienische Bedingungen. Die Berichte aus Traiskirchen Anfang August machten mir klar, dass ich da nicht zuschauen kann. Zwei Wochen später war ich zurück und begann fieberhaft zu überlegen, welche Möglichkeiten ich habe, welche Infrastruktur mir zur Verfügung steht. Dann der Gedanke: Österreichische Hochschulernenschaft. Ich habe dort im August als Pressesprecherin begonnen und beschloss die Reichweite zu nutzen. Eine Mail an alle ÖHs der Wiener Hochschulen mit einer Liste an dringend in Traiskirchen benötigten Dingen reichte aus um innerhalb kürzester Zeit Unmengen an Spendengütern zu sammeln. Da der zweite Stock zu der Zeit leer stand, wurde kurzerhand beschlossen ihn zu einem Spendenlager zu machen. Ein ganzes Wochenende lang haben wir Spendengüter sortiert – von früh bis spät. Es war unglaublich schön zu

sehen wie viel die Studierenden gegeben hatten. An einem Montag ging es dann mit PKWs und BOKU-Autos nach Traiskirchen wo wir Koffer, Taschen, Lebensmittel, Wasser und Hygieneprodukte verteilten. Da war uns klar: das muss weitergehen. Wir hatten ja auch noch so viel übrig in unserem Lager. Während weitergesammelt wurde, entschlossen wir uns aufgrund der akut sehr schlechten Lage nach Rösztke zu fahren. Das war unsere zweite große Aktion. Ein neun Autos langer Konvoi voller motivierter Menschen (inkl. vier Ärztinnen), mit Medikamenten im Wert von 5.000 Euro, Zelten, Isomatten, Decken und Lebensmitteln, fuhr an die ungarisch-serbische Grenze. An diesem Wochenende sind wir an unsere Grenzen gegangen. In der Zwischenzeit hatte sich auch Kleidung, unter anderem vom Hauptbahnhof, in unserem Lager eingefunden. Ich wusste, dass im November die Lagerräumlichkeiten leer sein müssten. Also entschlossen wir uns an die kroatisch-serbische Grenze zu fahren. Die überwältigende Menge an Spendengütern war danach immer noch nicht weg. Die Räumung Anfang Novem-

ber war dann wohl der schwierigste Akt. Der Samariterbund übernahm einen großen Teil der Kleidung. Die restlichen Spenden brachten wir ins Ferry-Dusika-Stadion. Egal ob dort oder in Röszke, ob in Opatovac oder Traiskirchen – die Dankbarkeit der Menschen und die Notwendigkeit unserer Fahrten lassen mich bis heute nicht los.

Sarah Schober

Ich bin eine Freiwillige aus Wien

Ich bin eine Freiwillige aus Wien. Keine Ehrenamtliche. In meiner ersten Nacht in der aktuellen Flüchtlingshilfe habe ich am Hauptbahnhof bei *Train of Hope* gearbeitet. Es wurde gleich eine lange Schicht und es sollte sich als die Regel herausstellen, dass man immer länger bleibt, als man es eigentlich geplant hat. In meinem ganzen Leben hat mich das noch nie so wenig gestört.

Nach gut zwei Wochen am Hauptbahnhof habe ich angefangen in den Notunterkünften zu unterstützen. Wobei sich diese Arbeit massiv von der am Hauptbahnhof unterscheidet, da der Großteil der Menschen in den Notunterkünften einen Asylantrag in Österreich gestellt hat. Eines ist aber gleich geblieben, wir Freiwilligen übernehmen Aufgaben, weil sie erstens von staatlicher Seite nicht (befriedigend) erledigt wurden und werden, und zweitens aus meiner Sicht, diese Aufgaben von den Freiwilligen besser erledigt werden können, als von staatlicher Seite. Der Staat hat meines Wissens noch nie Fluchthilfe geleistet.

Es geht in dieser Arbeit um Lösungen, nicht um die Komplikationen die sich ergeben. Die Komplikationen sind da, um diese gemeinsam zu überwinden. Warum sonst haben alle Freiwilligen bisher erzählt, dass

die Flüchtlingshilfe zwar total harte Arbeit ist, sie sich aber noch nie so gut und wohl in ihrem Leben gefühlt haben.

Ich erlebe es immer wieder, dass das Potential der Flüchtlinge eingesetzt wird und Freiwillige, Ehrenamtliche, Organisationen und Flüchtlinge zusammen arbeiten. Leider ist das aber noch die Ausnahme. Es macht oft extrem Spaß, ist etwas Besonderes, weil es funktioniert, weil wir uns gegenseitig ergänzen. Nicht alles ist eitel Wonne, aber es geht was weiter. Flüchtlinge können übersetzen, ins Krankenhaus mitfahren, bei der Rechtsberatung unterstützen, zentrale Personen für die gesamte Kommunikation mit allen Menschen in einem Haus sein, die in einer Flüchtlingsunterkunft leben. Auch im Transitbereich habe ich das Konzept schon erfolgreich umgesetzt erlebt.

Ich habe viele talentierte, disziplinierte und offene Flüchtlinge kennen gelernt, oft Unterstützung von ihnen in meiner Arbeit als Freiwillige erfahren, viel mitgenommen, was mich noch lange in jeder erdenklich, guten Weise begleiten wird, und auch der Grund warum ich

Ich habe viele talentierte, disziplinierte und offene Flüchtlinge kennen gelernt.



einfach für mich zusammenfasse: Wir sind alle Menschen – eine Zivilisation – eine Menschheit. Und wir sind geboren, um frei zu sein.

Mein Dank geht an alle freiwilligen, ehrenamtlichen, angestellten und sonst wie unterstützenden HelferInnen.

Artax

Studierende sagen: Refugees Welcome!

Musste diesen Sommer bei der Betreuung von geflüchteten Menschen mitangepackt werden, Essen, Kleidung und medizinische Versorgung organisiert oder auch Schlafplätze geschaffen werden, waren Studierende nicht weit. Dort wo die Behörden nicht mehr helfen konnten und die Politik ins Stocken geriet, wurden sie zu unterstützenden und treibenden Kräften in der derzeitigen humanitären Krise. Es waren zum Großteil Studierende, die sich politisch engagierten, sich mit Betroffenen solidarisierten und gegen die Missstände der Asylpolitik aufbegehrten. Viele von ihnen findet man heute noch immer in und an den

Bahnhöfen, bei den Sammellagern, den Quartieren und in Betreuungseinrichtungen. Andere sehen nun auch ihre eigene Hochschule und ihre jeweilige Studierendenvertretung in der Pflicht Verantwortung zu zeigen. Die Grundbausteine dafür wurden im letzten halben Jahr über ganz Österreich von den Studierendenvertretungen und ihren Hochschulen gelegt.

Insgesamt laufen über die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) momentan zwei bundesweite Initiativen. Zum einen die Kampagne *Flüchtende 1000 x Willkommen*, eine Initiative des Vereins *Vielmehr für alle*, Respekt.net und der Bundesvertretung der ÖH. Zusammen mit Vertretungen aus der Zivilgesellschaft und jenen Studierenden, die sich dort engagieren, nimmt die Bundesvertretung das Problem der Massenunterkünfte in Angriff. Ziel dieser Kampagne ist es geflüchtete Menschen in privaten Haushalten unterzubringen, um die isolierenden und unzumutbaren Verhältnisse in Massenunterkünften zu umgehen. Da Studierende oft in sich schnell verändernden Wohngemeinschaften leben, die immer wieder WG-Zimmer frei haben, sind sie die Hauptgruppe an die sich diese Kampagne richtet. Abgesehen von der Frage des Wohnraumes soll durch *Flüchtende 1000 x Willkommen* auch der Austausch zwischen geflüchteten Menschen und Studierenden gefördert und eine Willkommenskultur entwickelt werden. Bis Ende Jänner soll dadurch ein neues Zuhause für 1.000 Menschen geschaffen werden. Die Wohngemeinschaften sollen aber mehr als ausschließlich ein Dach über dem Kopf sein. *Flüchtende 1000 x Willkommen* stellt ebenso sicher, dass neue MitgliederInnen einer Gemeinschaft von sogenannten „Buddies“ betreut werden, rechtliche Beratung und Hilfe bei der Finanzierung von Zimmern erhalten.

Die Fachschaft für Informatik der TU-Wien bietet minderjährigen Flüchtlingen Schnupperkurse zu verschiedenen Fachrichtungen wie Informatik, Chemie und Physik an.



Asylwerbenden als auch Menschen mit Asylstatus soll zudem der Zugang zu den Hochschulen erleichtert werden. Dieses Projekt ist umso wichtiger, da vielen Geflüchteten ein ordentliches Studium an den meisten Hochschulen verwehrt bleibt. Die Bundesvertretung der ÖH, sowie einzelne Hochschulen, arbeiten daher eng mit dem MORE-Projekt der Universitätenkonferenz (UNIKO) zusammen. An 17 Universitäten wird im Zuge dieses Projektes geflüchteten Menschen das Leben an den Hochschulen näher gebracht. Durch MORE können sie an diesen Universitäten Kurse und Vorlesungen besuchen und müssen dafür weder Studiengebühren noch einen ÖH-Beitrag entrichten. Ansprechpersonen bei MORE sind Studierende, die ehrenamtlich alle Interessierten unterstützen. Die Bundesvertretung der ÖH stellt zudem Räume für ein Spendenlager zur Verfügung, welches sie selbst betreut und mit Hilfsorganisationen wie *Train of Hope* kooperiert.

Studierende gestalten jedoch nicht nur mit, sie schaffen ebenso Neues und rufen eigene Projekte ins Leben. Alleine in Wien stellten die ÖH der Technischen Universität Wien (HTU) und die ÖH der Universität für Bodenkultur (BOKU) zwei Sammelstellen auf die Beine, die bis heute eng mit Hilfseinrichtungen wie der Caritas zusammenarbeiten. Über die ÖH der Universität Wien werden gratis Deutschkurse von qualifiziertem Lehrpersonal angeboten und die Fachschaft für Informatik der Technischen Universität Wien bietet minderjährigen Flüchtlingen Schnupperkurse zu verschiedenen Fachrichtungen wie Informatik, Chemie und Physik an. Dadurch sollen das Interesse von Jugendlichen an einem Studium gefördert und Perspektiven für den späteren Werdegang geboten werden. An der ÖH der Kunstuni-



versität Graz wurde die Initiative „Zeichen setzen“ gegründet. Herzstück dieser Kampagne ist die Konzertreihe *For Humanity*, bei der Studierende selbst spielen. Die Spenden dieser Aktion gehen an Hilfsprojekte in Graz oder an die betroffenen Personen direkt. Die ÖH der Universität Salzburg bietet Sprachcafés an, die in offenen Unterrichtseinheiten das Erlernen der deutschen Sprache in einem ungezwungenen und nicht-hierarchischen Kontext ermöglichen sollen. Zudem bietet die Studierendenvertretung in Salzburg auch Stadtspaziergänge an. Bei den Spaziergängen geht es aber weniger um kulturelle Sehenswürdigkeiten. Im Vordergrund steht hier das Kennenlernen der wichtigsten Punkte für geflüchtete Menschen, wie zum Beispiel relevante Ämter und Behörden. Schlussendlich sollte von den ganzen Aktionen auch jene der ÖH der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich nicht unerwähnt bleiben: Hier haben Studierende eigenständig Lernunterlagen für Deutsch unter anderem in Farsi und Arabisch zusammengestellt, die online gratis zur Verfügung stehen.

Ich konnte erleben, wie sich die Stimmung der Flüchtlinge innerhalb von Minuten veränderte, zuerst nervös, unnahbar, dann erleichtert, fröhlich und dankbar, das war eine herzerwärmende Erfahrung für mich.

Die Studierenden können und wollen nicht mehr auf die Politik warten. Die gesetzten Maßnahmen der Regierung greifen ihnen zu kurz oder stellen sich als untragbar heraus, da sie das Leben von Geflüchteten erschweren oder sich eindeutig gegen sie und ihre Familien richten. Studierende wollen nicht in einer „Festung Europa“ leben. Viel mehr wünschen sie sich eine offene Gesellschaft, die ein solidarisches Miteinander und nicht ein Gegeneinander stärkt. Wie die bundesweiten und lokalen Aktionen der einzelnen Hochschulvertretungen zeigen, können auch die Hochschulen und die Studienvertretungen ihren Beitrag für ein solches Zusammenleben leisten.

Nähere Details zu diesen und anderen Projekten von Hochschulen sind unter folgendem Link zu finden:
<https://supportrefugees.oeh.ac.at/>

Tweet mit Folgen

Am 3. August 2015 habe ich einen Tweet gelesen, der mein Leben komplett verän-

dert und mir noch dazu geholfen hat, mich zu einem besseren Menschen zu machen: “Arabische Übersetzer werden schnellstmöglich am Hauptbahnhof benötigt.#TrainOfHope”.

Ich kannte mich in Wien nicht wirklich aus und hatte auch keine Ahnung, wo sich der Hauptbahnhof genau befand, war ich doch selbst ein Flüchtling, der erst etwa ein Monat zuvor ins Land gekommen war. Ich holte mein Handy aus der Tasche und benutzte das Navigationssystem, um den Weg zu meiner Hingabe, die der *Train of Hope* werden sollte, zu finden.

Zu meiner Überraschung war der Bahnhof weniger als drei Minuten Fußmarsch von meiner Unterkunft entfernt. Die ersten Eindrücke des Bahnhofs waren chaotisch. Ich fand mich wieder, mit meinem Blick über die Szenerie schweifend und mich fragend, welchen Hintergrund diese Menschen mit sich brachten und wie ihr Leben vor drei Jahren ausgesehen hat. Es war für mich, um nicht überspitzt zu klingen, ein emotionaler Moment, so viele Menschen mit ähn-



Hier haben Studierende eigenständig Lernunterlagen für Deutsch unter anderem in Farsi und Arabisch zusammengestellt.

lichem Hintergrund wie dem meinen zu sehen, mit einer gleichen Sprache und Kultur. Wir alle waren, in einem für uns fremden Land angekommen, mit unsicherer Zukunft.

Ich machte mich auf den Weg zum Koordinationsbüro und grüßte die Leute, die darin waren. Ich erzählte ihnen, dass ich ihren Tweet gelesen hatte und dass ich kein Deutsch, aber dafür fließend Englisch und Arabisch sprechen könne und obendrein jede Menge Zeit habe. Sie empfingen mich mit offenen Armen, gaben mir ein Ansteckschild auf welchem stand: „Zaid Salah – Übersetzer für Arabisch“ und sagten mir, dass ich sofort loslegen könne.

Ich ging wieder raus in die Bahnhofshalle, wo sich tausende Flüchtlinge entspannten, aßen, ihre Anliegen mit Anwältinnen diskutierten und wo ich sogleich merkte, dass diese Halle, die ich gerade betreten hatte, für die nächsten +–100 Tage das Zentrum meines Lebens sein würde.

Oft lesen wir Bücher, die unrealistische Emotionen beschreiben oder schauen Hollywoodfilme, die solche Gefühle vermitteln wollen, aber noch nie habe ich solch eine Liebe gegenüber einer Menschengruppe erlebt, wie ich das hier in Österreich erlebt habe. Das Erleben können, wie sich die Schritte und das Gemüt der Flüchtlinge im Minutentakt veränderten, zuerst nervös, unnahbar, dann erleichtert, fröhlich und dankbar, das war eine herzerwärmende Erfahrung für mich. Diese Menschen sind vorher durch Ungarn und Tschechien geflohen, wurden von einem Gefängnis ins nächste weitergeschoben. Diese Erfahrungen machte sie misstrauisch und vorsichtig gegenüber europäischen Menschen. Sie kamen mit einer vorgefassten Meinung, dass Österreich sie gleich behandeln würde, wie



Es geht in dieser Arbeit um Lösungen, nicht um die Komplikationen die sich ergeben. Die Komplikationen sind da, um diese gemeinsam zu überwinden.

es ihnen in den vorangegangenen Zwischenstationen passiert war.

Doch hier war es anders, man konnte ihnen förmlich dabei zusehen, wie sie ihren, durch Misstrauen aufgebauten, Schutz ablegten und nach und nach den Unterschied begriffen. Es dauerte nicht lange bis sie verstanden, dass wir ihnen das von uns bereitgestellte Essen nicht verkaufen wollten, es war ihres, sie sollten es sich einfach nehmen. Wir wollten sie nicht einfangen, um dann von ihnen die Fingerabdrücke zu nehmen. Wir wollten ihnen nichts anhaben, als sie zur Ersthilfe-Station gingen. Sie wussten nicht was sie erwarten würde, aber *Train of Hope* machte es sich zur Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Flüchtlinge zu dem Zeitpunkt, an dem sie Österreich verließen, um ihre Weiterreise anzutreten, das Gefühl hatten geliebt zu werden und willkommen zu sein.

In den letzten drei Monaten ein Teil von *Train of Hope* gewesen zu sein, hatte einen tiefgreifenden Einfluss auf mich. Seitdem ich den Weg gemeinsam mit *Train of Hope* gehe, hatte ich unterschiedliche Aufgaben. Ich habe gemanagt und koordiniert. Darüber hinaus habe ich den Spirit von *Train of Hope* etwas besser verstanden und dass es keine NGO ist, die irgendwohin geht, sondern ein Ziel vor Augen hat.

Das ist *Train of Hope* und das war das Zentrum meines Lebens. Ich habe mein Herz in diese NGO gelegt, infolge der Ereignisse und Erlebnisse, die mich diese Zeit gelehrt hat. Nicht nur über ÖsterreicherInnen, sondern über Menschen ganz allgemein.

In den Wintermonaten, in denen die Flüchtlingskrise eine kurze Standby-Phase einlegt führt *Train of Hope* seinen Weg weiter, hin zur Integration all derjenigen die hier in Österreich um Asyl angesucht haben.

Wir gehen nicht irgendwohin. Wir sind hier, wir sind stark, wir sind eins und wir haben der Welt und allen gezeigt, dass bedingungslose Liebe existiert und jede/r der/der/die das erfahren möchte, kann es tun indem er/sie beim *Train of Hope*-HQ für zehn Minuten vorbeischaut.

Zaid Salah
(Dolmetscher & Koordinator)

Im Chaos des Asylverfahrens

Ein Großteil der Flüchtlinge, die im Sommer und Herbst 2015 nach Österreich kamen, blieben nur wenige Stunden oder Tage. Jenen, die einen Asylantrag stellten wurde das nicht leicht gemacht.

Im Herbst traf ich am Bahnhof zwei um Rechtsauskunft suchende junge Afghanen, die in Österreich bleiben wollten.

Die Polizeidienststelle vor Ort nahm keine Asylanträge entgegen, also brachte ich die Jugendlichen zur Dienststelle in die Taubstummengasse. Dieser Asylantrag war vermutlich der erste in der Dienststelle – die PolizistInnen befürchteten, dass nun mehr Schutzsuchende vom Hauptbahnhof den Weg in die Taubstummengasse finden könnten. Da PolizistInnen die Ausgänge des Bahnhofes absperren, dürften weitere Schutzsuchende ohne Hilfe von Freiwilligen allerdings kaum die Taubstummengasse erreicht haben.

Nachdem die Jugendlichen 48 Stunden in einem Polizeianhaltezentrum verbrachten, kontaktierte mich einige Tage später einer der beiden auf Facebook und erzählte, dass er in einem Notquartier der Volkshilfe Wien in Simmering sei. Gemeinsam mit Anahita Tasharofi und Jasmin Kassai vom Verein *Flucht nach vorn* fuhr ich zum Camp. Jasmin und Anahita konnten im Notquartier dolmetschen, dort fanden wir über zehn UMF vor.

Einige hatten Ladungen zur Ersteinvernahme, eine Begleitperson wurde ihnen nicht zur Verfügung gestellt. Anahita, Jasmin und ich beschlossen, die Jugendlichen zu begleiten und ihnen rechtlich beiseite zu stehen.

Am Hernalser Gürtel herrschte Chaos – wir mussten dort an allen Tagen viele Stunden warten. Die beiden ersten Jugendlichen waren 16 und 19 Jahre alt. Ersterer bekam eine Zuweisung nach Traiskirchen, der 19-Jährige zuerst in das Verteilerquartier Nußdorfer Straße, um einige Tage später nach Linz transferiert zu werden.

Den 16-Jährigen wollten wir selbst nach Traiskirchen bringen. Als BeamtInnen mitbekamen, dass wir mit dem Auto nach Traiskirchen fahren, wurden uns zwei weitere UMF mitgegeben – ein sehr fragwürdiges Vorgehen der BeamtInnen.

Auch am nächsten Tag bekamen die von uns begleiteten UMF eine Zuweisung nach Traiskirchen. Da wir an diesem Tag kein Auto hatten, ersuchte ich die BeamtInnen Zugtickets für die Jugendlichen auszuhändigen. Die BeamtInnen weigerten sich und meinten, dass sie wohl nach Traiskirchen finden würden, denn schließlich schafften sie bereits den Weg von Afghanistan nach Österreich. Nachdem ich nicht locker ließ und den Schutzsuchenden von Gesetzes wegen Tickets zustehen, bekamen die Jugendlichen schließlich welche.

In Simmering wollten wir die Sachen der Jugendlichen abholen, doch die BetreuerInnen dort wollten die UMF trotz behördlicher Zuweisung nicht nach Traiskirchen fahren lassen. Den Jugendlichen würde es im Notquartier besser gehen. Das stimmt zwar ohne Zweifel, jedoch fühlte ich mich nicht wohl, der behördlichen Zuweisung nicht nachzukommen. Erst nach Nachhaken der *asylkoordination* konnten wir die UMF kurz vor Ablauf der 48-Stunden-Frist nach Traiskirchen

bringen. MitarbeiterInnen der Volkshilfe Wien klärten dort mit den BeamtInnen, dass die beiden wieder nach Wien ins Notquartier kommen konnten. Im Camp waren die UMF gemeinsam mit Erwachsenen untergebracht, erst im Dezember kamen sie in eine UMF-Einrichtung.

Durch die Erfahrung lernte ich neue FreundInnen kennen. Vor allem mit Mohammad, den ich an seinem ersten Tag am Bahnhof kennenlernte und auf seinem Weg durch den Behördendschungel begleitete, habe ich einen engen Freund gewonnen.

Lisa Wolfsegger

Im Camp waren die UMF gemeinsam mit Erwachsenen untergebracht, erst im Dezember kamen sie in eine UMF-Einrichtung.



Recht unklar



Von *Julia Ecker*

Julia Ecker ist Rechtsanwältin in Wien. Partnerin bei Ecker Embacher Neugschwendtner Rechtsanwälte/in und Projektanwältin im Netzwerk Asyl-anwalt.

Als JuristIn verpflichtet man sich bereits bei der Sponson oder Promotion dazu, sich stets weiterzubilden, um seinen Mitmenschen immer nach bestem Wissen und Gewissen Rechtsbeistand zu leisten. Im Bereich des Fremden- und Asylrechts stellt dieser Eid RechtsberaterInnen und AnwältInnen derzeit vor große Aufgaben, hat doch das, was rechtlich positiviert ist, mit dem, was in der Praxis geschieht, nur noch wenig zu tun.

Es beginnt schon bei der Asylantragstellung. Das AsylG 2005 sieht vor, dass ein Antrag auf internationalen Schutz nur bei bestimmten Behörden gestellt werden kann und nur unter gewissen Voraussetzungen als tatsächlich eingebracht gilt. Es wird ein konkretes Zulassungsverfahren normiert, bei dem Fristen zu beachten sind. AsylwerberInnen ist grundsätzlich binnen drei Tagen eine Verfahrenskarte auszustellen. Weiters bestehen exakte Regelungen zur Durchführung von Befragungen, zur Durchsuchung und zur erkennungsdienstlichen Behandlung.

Soweit die sperrige Theorie. Tatsächlich wird das Asylgesetz aber derzeit nicht so vollzogen. In Wien finden Asylantragstellungen momentan nur im ehemaligen Kurierhaus in der Lindengasse statt.

AntragstellerInnen werden dort Ladungen für Termine ausgehändigt, die oft erst in zwei bis drei Monaten liegen. Dann erst erhält man auch eine Karte. Es gibt also keine Behörde im technischen Sinn und keine Einhaltung der Drei-Tage-Frist, keine Durchsuchung und keine erkennungsdienstliche Behandlung. Und dass ich das überhaupt weiß, verdanke ich lediglich einer gewissen professionellen Vernetzung, ohne die man in diesem Bereich schon seit Jahren nicht mehr arbeiten kann. Angeblich werden auch Flüchtlinge aus anderen Bundesländern teilweise zur Asylantragstellung in die Lindengasse gebracht. Ich kann allerdings keine verbindliche Information darüber geben, ändert sich doch die Praxis alle paar Tage. Was letzte Woche noch richtig war, kann kommende schon völlig überholt sein.

Ähnlich steht es auch mit dem Dublin-Verfahren. Die Dublin-III-Verordnung, an sich schon nicht unbedingt bekannt für ihre einfache Vollziehbarkeit, stößt derzeit an ihre Grenzen. Ungarn zum Beispiel: Im letzten halben Jahr kann man das Verhältnis Ungarn-Österreich getrost als kompliziert beschreiben. Zwischen unreflektierten Annahmen aller „Dublin-Anfragen“ über komplette Aufnahmestoppes ungarischer

scherseits bis hin zu österreichischen Gerichtserkenntnissen, welche die Praxis des BFA „overrulen“, war alles dabei. Derzeit gibt es – meines Wissens, das ich wiederum nicht aus irgendeinem Gesetz, sondern von KollegInnen beziehe – keine Tendenzen, Ersuchen um (Wieder)Aufnahme nach der Dublin-III-VO an Ungarn zu richten. Längerfristige Prognosen sind jedenfalls nicht zu treffen.

Grundversorgung ist ebenso ein schwieriges Thema. Früher konnte ich KlientInnen mit gewisser Sicherheit Auskunft darüber geben, was sie zu erwarten haben, wenn ein Asylantrag etwa in der Erstaufnahmestelle gestellt wird, wie Grundversorgungsleistungen aussehen, wie und ob man privat wohnen kann, wann ein Umzug in ein anderes Bundesland möglich ist. Auch der Bereich der Grundversorgung hat sich aber in einen nebulösen Bereich des fachspezifischen Halbwissens verlagert.

Allem voran der Rechtsschutz in diesem Zusammenhang: Unzählige Menschen, darunter auch vulnerable Personen, waren und – so befürchte ich – sind weiterhin von Grundversorgungsleistungen ausgeschlossen. Effizienten Rechtsschutz dagegen gibt es leider nicht. Das EU-Recht bietet zwar gewisse grundsätzliche Rechtsschutzstrukturen, darunter theoretischen vorläufigen Rechtsschutz, jedoch wo selbst RechtswissenschaftlerInnen und routinierte BeraterInnen nicht treffsicher sagen können, wie man diesen Schutz überhaupt geltend machen kann, ist dem Einzelnen nicht geholfen.

Aufgrund von Überlastung, kommt es österreichweit zu massiven Verzögerungen, gegen die nun nicht einmal mehr wirksamer Säumnissschutz offen steht. Schon bisher musste ich KlientInnen erklären, dass nur theoretisch mit einer

Bearbeitung ihres Antrags in einer Instanz binnen sechs Monaten zu rechnen sei. Doch jetzt werden auch die bisher bekannten Verfahrensdauern bei weitem übertroffen. Säumnisbeschwerden kann man wohl einbringen, nur erscheint es unverantwortlich, sich ohne Ergänzung des Verfahrens zu beschweren, wenn noch nicht einmal eine Einvernahme zu den Fluchtgründen stattgefunden hat.

Nun sitze ich also in Beratungsgesprächen und informiere darüber, wie man laut Gesetz einen Antrag stellen sollte, wie die Antragsstellung aber derzeit tatsächlich abläuft. Ich kann AsylwerberInnen erzählen, wie es zu Beginn ihres Verfahrens war, wie es dazwischen wurde und danach, wie es heute rechtlich theoretisch wäre, was europarechtlich aber zu beachten ist und wie es die höchstgerichtliche Judikatur momentan sieht. Ich erläutere theoretische Rechtsansprüche und deren (theoretische) Durchsetzbarkeit. Ich berichte, was im Asylverfahren geschehen könnte, falls etwas geschieht, was dann die Fremdenpolizeibehörde machen würde, falls sie etwas macht und wie es zukünftig vielleicht noch einmal werden wird. Alles freilich ohne Gewähr. Ich tue das alles, wie meine KollegInnen, nach bestem Wissen und Gewissen und in Anbetracht der unübersichtlichen Gesamtsituation erstaunlich erfolgreich. Aber ehrlich, manchmal geniere ich mich für so viel Rechtsunsicherheit.

Ich denke, es gibt Kristallkugeln, die klarer sind, als das österreichische Fremden- und Asylrecht. Für eine ausführliche Rechtsberatung vereinbaren Sie bitte einen Termin über mein Sekretariat oder konsultieren Sie den Wahrsager Ihres Vertrauens.

Als ob nichts geschehen wäre

Das in der irischen Hauptstadt Dublin 1990 erstmals unterzeichnete Abkommen, hat große Ähnlichkeit mit den zurzeit sehr beliebten Zombies: Eigentlich tot verbreitet es weiterhin Angst und Schrecken.

Von Herbert Langthaler

Fatima und ihre erwachsene Tochter erreichten Mitte November, vierzehn Tage nachdem sie in Damaskus aufgebrochen waren, die slowenisch-österreichische Grenze. Die beiden Frauen waren überglücklich, als sie in einen Bus steigen durften, der sie zu einem der steirischen Transitquartiere brachte. Endlich hatte die beschwerliche Reise ein Ende, bald würden sie die schmutzigen Kleider ablegen können und sich von den Strapazen der Flucht erholen können. Tatsächlich wurden die beiden Frauen von ihrem Bruder/Onkel, einem seit seiner Jugend in Wien lebenden syrischen Österreicher abgeholt und sie konnten sich über ein Wiedersehen mit der Familie, die zum Teil in Österreich ansässig ist, zum Teil schon früher geflüchtet war, freuen.

Nach Registrierung und Erstbefragung durch die Polizei begannen die beiden sich über ihre Möglichkeiten in Wien zu orientieren. Sie waren froh der Kriegshölle entflohen zu sein und planten möglichst schnell einen Deutschkurs zu besuchen, schmiedeten Pläne für die Zukunft bis ...

... bis ein Brief ins Haus flatterte. Inhalt: eine „Verfahrensweisung“. Es sei beabsichtigt für die beiden Frauen ein Dublin-III-Verfahren mit Slowenien einzuleiten. Die beiden fielen aus allen Wolken,

litten – obwohl die österreichischen Verwandten versuchten sie zu beruhigen – unter Schlafstörungen und Panikattacken. Jeden Moment, so befürchteten sie, könne die Polizei an der Türe läuten und sie nach Slowenien (oder gleich nach Syrien) abschieben.

Zu früh freuten sich Flüchtlinge und BetreuerInnen im vergangenen Sommer, über das vermeintliche Ende des Dublin-Systems. Wieder einmal hatte es sich erwiesen, dass das Gesetz, das die Verantwortung für die Durchführung der Asylverfahren, den Ländern an den EU-Außengrenzen zuschiebt, gescheitert war. Hunderttausende marschierten direkt nach „Kerneuropa“ in jene Länder, die sich durch weltberühmte Wirtschaftskraft und ordentliche Asylverfahren auszeichnen.

Dublin-Verordnung

Was besagt nun Dublin III genau und wie sieht das Verfahren in der Praxis aus? Im Prinzip geht es bei Dublin III um die Feststellung welcher Staat innerhalb der EU (bzw. von den Dublin-Unterzeichnerstaaten) für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. In zweiter Linie soll ermöglicht werden, dass Familien, die auf der Flucht getrennt wurden und in verschiedenen Staaten einen Asylantrag

gestellt haben, in einem Staat zusammengeführt werden.

Bezüglich der Zuständigkeit bedeutet dies, dass im Prinzip jenes Land das Asylverfahren zu führen hat, welches ihm die Einreise in den EU-Raum ermöglicht hat (z.B. durch Erteilung eines Visums), bzw. wo der/die AsylwerberIn erstmals registriert wurde (z.B. durch Speicherung seiner/ihrer Fingerabdrücke in die EURODAC Datenbank) oder wo es starke Indizien dafür gibt „dass ein Antragsteller aus einem Drittstaat kommend die Land-, See- oder Luftgrenze eines Mitgliedstaats illegal überschritten hat“. Die Zuständigkeit endet zwölf Monate nach dem illegalen Grenzübertritt.

Ausgenommen sind prinzipiell unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF). Für die jener Mitgliedstaat zuständig ist, „in dem der unbegleitete Minderjährige seinen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat, sofern es dem Wohl des Minderjährigen dient“. In der Praxis bedeutet dies, dass UMF auch mehrmals einen Asylantrag stellen können und jener Staat zuständig wird, wo sie zuletzt einen Antrag gestellt haben, es sei denn, eines der anderen Verfahren ist schon rechtskräftig abgeschlossen.

Eine andere wichtige Ausnahme ist der Fall, dass „es wesentliche Gründe für die Annahme gibt, dass das Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen für Antragsteller in (einem) Mitgliedstaat systemische Schwachstellen aufweisen, die eine Gefahr einer unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung (...) mit sich bringen“. Diese „systemischen Schwachstellen“ haben im Falle Griechenlands dazu geführt, dass der Europäische Gerichtshof (EUGH) und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eine Überstellung in dieses Land als unzulässig ansehen.

Dublin in Österreich

Im derzeitigen österreichischen Asylverfahren (seit 20. Juli 2015) ist vorgesehen, dass die zuständige Behörde, das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), innerhalb von 72 Stunden eine erste Prognose abgibt, ob jemand ein „Dublin-Fall“ ist oder nicht. Grundlage dafür ist die erste Einvernahme des/der AsylwerberIn inklusive Abnahme der Fingerabdrücke. Finden sich die Fingerabdrücke des Flüchtlings im EURODAC-Computer oder besteht der Verdacht, dass der/die AsylwerberIn bereits in einem anderen Land war, wird vom BFA eine negative „Dublin-Prognose“ erstellt. In diesem Fall bekommt der/die AsylwerberIn eine Grüne Verfahrenskarte und wird in die EAST-Traiskirchen überstellt, wo er/sie sich für die Zeit des Dublin-Verfahrens aufhalten muss.

Monatelange Ungewissheit

In der Praxis gibt es zurzeit diverse Probleme. Die Flüchtlinge müssen manchmal Wochen auf die erste Einvernahme warten, nicht jede Polizeiinspektion nimmt die Anträge entgegen und RechtsberaterInnen und Flüchtlinge haben den Eindruck, dass PolizistInnen selbst nicht wissen, was sie tun sollen.

Innerhalb von 20 Tagen sollte dieses Zulassungsverfahren abgeschlossen sein. Diese Frist wird unterbrochen, wenn eine Verfahrensmitteilung (§29 o. §28) ergeht, dass Dublin-Konsultationen laufen. Das Zulassungsverfahren endet (vereinfacht gesagt) entweder mit der Ausfolgung einer vorläufigen Aufenthaltsberechtigung für die Dauer des Asylverfahrens (Weiße Karte) oder einem Zurückweisungsbescheid wegen Unzuständigkeit Österreichs.

Österreich hat nun drei Monate Zeit (zwei Monate nach einem Eurodac-Treff), ein Aufnahme- bzw. Wiederaufnah-

me gesuch an den zuständigen Staat zu stellen. In der Praxis verfristen momentan viele Fälle, weil Österreich nicht rechtzeitig Anträge stellt. „Es ist also oft besser in Dublin-Fällen in Deckung zu bleiben“, formuliert es ein Rechtsberater. Stimmt der angefragte Staat einem solchen Gesuch nicht innerhalb von zwei Monaten zu, wird er automatisch. Nach der Antwort (bzw. Nichtantwort) hat Österreich für die Rücküberstellung sechs Monate Zeit. Ist der Flüchtling „untergetaucht“ kann sich die Frist auf 18 Monate verlängern.

Natürlich müssen auch im Dublin-Verfahren rechtsstaatliche Standards eingehalten werden, also kann gegen negative Bescheide Beschwerde eingebracht werden, was wieder Fristen verlängert ...

Dublin-Verfahren können also in Extremfällen über ein Jahr dauern. Die Betroffenen wissen in dieser Zeit nicht, was mit ihnen geschehen wird, ob sie in Österreich bleiben dürfen oder doch in ein Land wie Italien oder Bulgarien abgeschoben werden. Auch oder gerade weil letztendlich nur ein Bruchteil der eingeleiteten Dublin-Verfahren mit einer Rückstellung endet, fordern NGOs seit Jahren dieses teure, ineffiziente und unmenschliche System abzuschaffen.

Weitermachen ...

Leider ist das Gegenteil der Fall. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hat trotz zigtausender anhängiger Asylverfahren im Juni ihre BeamtInnen angewiesen, sich auf Dublin-Fälle zu konzentrieren, „um Platz zu schaffen. Denn diese Fälle sind von anderen sicheren Ländern zu versorgen und blockieren unser System“. Ende September behauptete Mikl-Leitner gegenüber den bayrischen Parteifreunden (CSU) es habe bereits „über 5.000“ Dublin-Rückführungen gegeben (SN 24.9.2015).

Da war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Auch die im September im *Kurier* getätigte Aussage, sie werde bei den beiden Ländern (Kroatien und Slowenien) die Dublin-Regeln sehr wohl anwenden, erwies sich in der Praxis als heiße Luft. Die slowenische Regierung hat inzwischen beschlossen, nur jene Dublin-Fälle zurückzunehmen, die schon einen Asylantrag in Slowenien gestellt hatten und dann weiter gezogen sind.

Im vergangenen Jahr wurden dann letztendlich 1.378 Dublin-Überstellungen (2014 waren es 3.327) in andere EU- bzw. Schengenstaaten tatsächlich durchgeführt. Wenn man die Zahl der Entscheidungen, laut BMI 7.500 und jene der Konsultationen (ca. 15.000), die mit anderen Staaten eingeleitet wurden, betrachtet, bekommt man einen Eindruck, wie schwierig und aufwändig die Durchführung eines solchen Verfahrens letztendlich ist.

Die wichtigsten Staaten für Dublin-III-Anfragen waren 2015 Ungarn, Italien und Bulgarien. Nach Ungarn kamen die Dublin-Überstellungen spätestens nach in Kraft treten der neuen Gesetze, die illegalen Grenzübertritt unter Strafe stellen, zum Erliegen. Schon Anfang September hatte der Verwaltungsgerichtshof eine Abschiebung nach Ungarn gestoppt. Im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof bekämpfte eine alleinstehende afghanische Asylwerberin mit mehreren minderjährigen Kindern erfolgreich ihre Rücküberstellung nach Ungarn.

Am 18. November kam der Verwaltungsgerichtshof dann auch im Falle eines alleinstehenden iranischen Flüchtlings zum Schluss, dass auf Grund der „flächendeckenden grundrechtswidrigen Inhaftierungen von Asylwerbern und Asylwerberinnen in Ungarn“ eine Rückführung nach Ungarn nicht rechtmäßig sei und die vom

Flüchtling „vorgelegten Unterlagen systemische Mängel dokumentieren“. Daraus ergibt sich die Verpflichtung Österreichs zum Selbsteintritt in das Verfahren.

Nach diesen klaren Höchstgerichtsentscheidungen sollte man meinen, dass die Behörden bis auf weiteres davon absehen, Dublin-Verfahren mit Ungarn einzuleiten. Weit gefehlt: Wie der Sprecher des Innenministeriums erklärt, werden die Verfahren weiter geführt für den Fall, dass sich die Situation in Ungarn ändere.

Dass nach Bulgarien abgeschoben wird, weiß die österreichische Öffentlichkeit spätestens nach dem spektakulären Fall der jungen Afghanin Laila P. Sie hatte durch ihren vehementen Widerstand am Flughafen ihre Abschiebung verhindert. Was sie über die Verhältnisse in Bulgarien zu erzählen wusste, gab sie nach ihrer verhinderten Abschiebung im Wochenmagazin *profil* zu Protokoll: „Sie nennen es ‚Lager‘, aber es waren eher Gefängnisse. Die Situation für uns Flüchtlinge war schrecklich. Wir waren dort eingesperrt. Im ersten Lager, in dem wir untergebracht waren, konnte man nicht einmal den Himmel sehen.“

Laut Berichten von UNHCR habe sich die Situation in Bulgarien zwar verbessert, es bleiben aber ernsthafte Mängel die ausreichen, um eine Dublin-Überstellung für bestimmte Gruppen auszuschließen.

Vor deutschen Gerichten (z.B. dem Verwaltungsgericht Oldenburg) führt das immer wieder dazu, dass eine Abschiebung nach Bulgarien wegen „systemischer Mängel“ als unzulässig erachtet wird. Nicht so in Österreich.

... wie gehabt

Dass bei laut BFA-Chef Taucher 60.000 anhängigen Asylanträgen Zeit und Ressourcen vergeudet werden, indem

immer weiter Dublin-Verfahren eingeleitet werden, ist nicht nur für die Betroffenen schwer verständlich. Besonders grotesk mutet der Fall einer afghanischen Familie an, die zurzeit in einem Wiener Notquartier lebt. Ihr wurde eine Verfahrensordnung übergeben, dass Dublin-Konsultationen mit Deutschland eingeleitet worden sein. Rechtlich mag dies – die Familie war tatsächlich in Deutschland und war dort auch registriert worden – korrekt sein. Für das Verhältnis zum Nachbarland, dessen Asylbehörden ohnehin mit an die 500.000 Asylverfahren zu kämpfen hat und wohin Österreich auch schon mal Flüchtlinge gegen ihren Willen weiterschickt, sind solche Verfahren sicher wenig zuträglich.

Was der Grund für solche Vorgehensweisen sein könnte, darüber kann spekuliert werden. Ist es eine perfide Abschreckungsstrategie, die Flüchtlinge mit Verfahrensordnungen in Angst und Schrecken versetzen will? Oder gibt es auf Anweisung der Ministerin im BFA einen sturen Automatismus, ausgeführt von mäßig geschulten MitarbeiterInnen? Im Falle der beiden eingangs erwähnten syrischen Frauen sind inzwischen per Post die „Weißen Karten“ und somit die Zulassung zum Asylverfahren in Österreich eingelangt. Was bleibt ist eine tiefe Verunsicherung, Wochen, wenn nicht Monate Angst für die Betroffenen und wenig Chancen bei einer derartigen Vergeudung von Ressourcen den „Rucksack“ von 60.000 anhängigen Verfahren in absehbarer Zeit abzubauen. Was dazu führt, dass diese Verfahren jahrelang dauern, Grundversorgungskapazitäten blockiert werden und die Betroffenen zur Untätigkeit gezwungen, in ihren Quartieren warten müssen anstatt erste Integrationsschritte setzen zu können.

Fluchthilfe als notwendige Dienstleistung

Warum wird „Schlepperei“ als kriminelles Delikt und nicht als nachgefragte Dienstleistung unter riskanten Bedingungen bewertet? Diese und viele andere Fragen wurden Mitte Oktober bei der 2. Internationalen Schlepper- und Schleusertagung in München gestellt. Ein Kongressbericht von Irene Messinger



Die PreisträgerInnen sind Maria Eitz für ihr Lebenswerk, die schwedische Kampagne *Refugee Air* und das Wiener Kollektiv *Erzsébet Szabó* für ihren Konvoi Budapest-Wien.

SchlepperInnen werden gemeinhin als Kriminelle und in Banden agierend dargestellt, die für ihren Profit buchstäblich über Leichen gehen. Durch die ausschließliche Fokussierung auf diese Personengruppe geraten die vielschichtigen Facetten der Mobilitätshilfe aus dem Blickfeld. Eine Fachtagung zum Phänomen Fluchthilfe soll zur „Image-Aufwertung sowie

der damit einhergehenden Neubewertung der Dienstleistungen Schleppen und Schleusen“ beitragen, wie die Kurzbeschreibung auf der Website im eleganten Design wissen lässt¹. „Die ISS 2015 präsentiert sich erneut als die relevante Fachtagung der weltweit agierenden Fluchthilfe-Unternehmen“ und war in den Open Border Kongress Mitte Oktober 2015 an den Kammerspielen in München eingebunden.

„Großes Schlepper-Treffen in Bayern!“

Die Strategie der Provokation ging bereits im Vorfeld auf: Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann empörte sich über die „fehlgeleitete Politpropaganda“ und die Tagung schaffte es in die Schlagzeilen großer Zeitungen in Deutschland. Sogar in Österreich titelte die Gratiszeitung *Heute*: „Großes Schlepper-Treffen in Bayern!“². Der Begriff des Schleppers in der männlichen Form wird in diesem Artikel verwendet, um auf politisch konstruierte und medial rezipierte vergeschlecht-

lichte Bilder aufmerksam zu machen. Dieser Aspekt fand bei der Tagung (zu) wenig Raum. Die vier Panels zu den Themenbereichen Geschichte, Praxis, Kriminalisierung und Kunst waren mit Vortragenden aus Wissenschaft, Journalismus und Aktivismus besetzt. Sie gingen der Frage nach, was der historische und begriffliche Perspektivwandel bedeutet, wie aktuell gelebte Fluchthilfe-Praxis aussehen kann, sie thematisierten die juristischen Interpretationen und die damit einhergehende Kriminalisierung und gaben einen Einblick in aktuelle Kunstprojekte und Kampagnen. Nicht zuletzt wurde der Lisa-Fittko-Preis für Fluchthilfe in verschiedenen Kategorien vergeben.

Was können wir aus der Vergangenheit lernen?

Lisa Fittko, die im Zweiten Weltkrieg gemeinsam mit ihrem Mann Hans als Fluchthelferin über die Pyrenäen zwischen dem NS-besetzten Frankreich und Spanien aktiv war, wurde von der Historikerin Dr. Anne Klein vorgestellt. Dr. Stefan Keller forscht als Historiker zum Schweizer Polizeikommandanten Paul Grüninger, der in den Jahren 1938 und 1939 Hunderte Menschen aus Deutschland in die Schweiz einreisen ließ. Grüninger wurde damals fristlos entlassen, wegen Verletzung seiner Amtspflicht und Urkundenfälschung verurteilt und ist erst 1993 posthum rehabilitiert worden. Keller vermutet, dass sich Grüningers Rehabilitation auch deshalb so lang gezogen hat, weil man befürchtet habe, PolizistInnen könnten sich ein Vorbild an ihm nehmen und Abschiebungen verweigern. „Die Angst der Regierung war, dass man aus der Geschichte lernt.“ Thematisiert wurde die Gefahr der Romantisierung der Fluchthilfe in der NS-Zeit, denn auch in den 1930er Jahren gab es Ausbeutung

und Erpressung. Dennoch wäre der Weg ins Exil ohne Fluchthilfe schwieriger oder gar nicht bewältigbar gewesen.

In der deutschen Geschichte waren Schleuser nicht nur in der NS-Zeit, sondern auch zur Flucht aus der DDR relevant. Stefan Buchen, Journalist, berichtete über den Fall eines Schleppers, der seinen Lohn einklagte und vor dem Bundesgericht Recht bekam, da es nicht anstößig sei, eine Hilfeleistung von einer Bezahlung abhängig zu machen. Diese bis 1977 geltende Entscheidung steht in einem deutlichen Missverhältnis zur Rechtspraxis von heute und verdeutlicht die Veränderung der gesellschaftlichen Bewertung.

Praxen der Fluchthilfe

Der zweite Tag begann mit einem Panel zu aktuellen Entwicklungen der Branche. Der Journalist Giampaolo Musumeci, der im Schleuser-Milieu rund ums Mittelmeer recherchiert und viele inhaftierte Schlepper getroffen hat, betonte, dass sie Geschäftsleute seien, die ähnlich wie ein Reisebüro Netzwerke verschiedener Menschen aufbauen, welche die Logistik für den Transport an bestimmte Orte und die Versorgung übernehmen. Er warnte vor der Situation in Libyen, wo vier Netzwerke den Markt dominieren, ihre Absprachen führen zu überhöhten Preisen, Ausbeutung und Gewalt.

Die Migrationsforscherin Zeynep Kaşlı beschäftigt sich mit Entwicklungen an der türkisch-griechischen Landesgrenze. Lange Zeit nutzten lokale LandarbeiterInnen ihr Wissen über die Gegend und die Beziehungen zu Soldaten, um Menschen bei der Grenzüberschreitung zu unterstützen. Ab 2012 kam es im Rahmen von „Cooperations against migrants“ zur Zusammenarbeit von GrenzbeamtInnen beider Staaten, unterstützt durch Frontex.

1 <http://www.iss2015.eu/>

2 Heute, 30.09.2015

Dadurch wurden die lokalen Netzwerke der Fluchthilfe verdrängt und professionellere, international agierende und teurere Netzwerke auf den Plan gerufen.

Die unkomplizierte Suche nach Mobilitätsfragen in sozialen Medien zeigte der Journalist Sammy Khamis. Wer das arabische Wort für „Schlepper“ auf Facebook eintippt, erhält zahlreiche Angebote und Routen in unterschiedlichen Preisklassen, abhängig von Komfort und Geschwindigkeit. Die Antworten auf Anfragen erfolgen innerhalb weniger Minuten. Diese Flexibilität ist notwendig, da die Routen an das Wetter oder die Politik angepasst werden müssen. SchlepperInnen sind von guter Reputation und zufriedenen KundInnen abhängig. Wegen der zunehmenden Konkurrenz werben sie mit kurzen Werbevideos und Selfies. Wenn sie ihre Aufgabe erneut gut erledigt haben und über WhatsApp die Ankunft bestätigt ist, wird der Lohn über neutrale Mittelpersonen übergeben.

Stefan Schmidt, Kapitän der Cap Anamur, erzählte über seine Anklage und Inhaftierung als Schlepper in Italien im Jahr 2004.

Zwei AktivistInnen des Kollektivs *Erzsébet Szabó* stellten ihr Projekt „Refugee Convoy – Schienenersatzverkehr für Flüchtlinge“ vor, mit welchem am 6.9.2015 in ca. 170 Autos 380 Menschen

von Ungarn nach Wien gebracht wurden. Betont wurde, dass die Flüchtenden selbst diese Idee angeleitet haben.

Staatliche Versuche zur Unterbindung von Fluchthilfe

Unterschieden wurden in den Panels zwischen SchlepperInnen nicht entlang der Frage der Bezahlung, sondern ob sie ihren Job gut und verlässlich machen. Jene, die nicht auf das Leben und die Gesundheit jener achten, von denen sie für ihre Aufgabe bezahlt werden, müssen geahndet werden, aber diese Begleitstraftaten betreffen nicht primär das Schleusen. Der Rechtsanwalt Axel Nagler stellte die Frage, ob es angemessen ist, Schlepperei überhaupt als Straftat zu qualifizieren, da es für ausbeuterische Schlepperei, Misshandlung, Erpressung usw. eigene strafrechtliche Bestimmungen gibt, daher sei eine Bestrafung als Fluchthilfe nicht erforderlich.

Stefan Schmidt, Kapitän der Cap Anamur, erzählte über seine Anklage und Inhaftierung als Schlepper in Italien im Jahr 2004. Das Schiff Cap Anamur rettete 37 Menschen aus Seenot, drei Personen wurden wegen Beihilfe zur illegalen Einreise einige Tage inhaftiert, erst 2009 erfolgten die Freisprüche.

Die Künstlerin und Aktivistin Katarzyna Winiecka, bekannt durch die Kampagne *Fluchthilfe & Du*, berichtete vom politisch motivierten Prozess gegen Refugeeaktivisten der Wiener Refugee Protestbewegung. Obwohl die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner von Millionengewinnen einer skrupellosen Bande sprach, blieb von den über 74 Anklagepunkten vor Gericht so gut wie nichts mehr übrig. Trotz fehlerhafter Ermittlungsarbeiten, inkorrekt übersetzter polizeilicher Telefonüberwachungsprotokolle und nicht nachvollziehbarer Perso-



nenzuordnungen wurden die acht Angeklagten monatelang in U-Haft eingesperrt und schließlich sieben von ihnen (nicht rechtskräftig) schuldig gesprochen. Winiacka betonte, dass sich das Bild der Angeklagten als auch der gegenwärtige „Schlepper“-Diskurs verändern ließe, wenn die Stimmen der „Geschleppten“, nicht als Opfer sondern als sich von Grenzregimen in ihrer Mobilität nicht aufhaltenden Flüchtenden gehört und wahrgenommen würden. Sie zeigte eine Videobotschaft von Singh S., der seit 2013 als einer der acht Fluchthelfer in Wiener Neustadt kriminalisiert wird. Er beschrieb seine eigene Fluchtgeschichte und wie er später seine Landsleute unterstützt hat. Er betonte, dass es kein Verbrechen sei, sich gegenseitig zu helfen und forderte Bewegungsfreiheit für alle.

Einhellig wurde festgestellt, dass die Grenzsicherung nicht dazu führte, dass weniger Menschen einwandern. Sie führten vor allem dazu, dass die Einreise für Flüchtlinge teuer und gefährlicher wurde. Strenger kontrollierte Grenzen beleben daher das Feld der Schlepperei. Dies führt zu dem folgenden Paradox: Je mehr Europa sich zu schützen versucht, desto mehr profitiert das Schleppungs-business. Dass die SchlepperInnenbekämpfung lediglich eine Scheinlösung darstellt, setzt sich langsam auch bei PolitikerInnen durch. Im Rahmen des Open Borders Kongresses referierte François Gemenne über seine zehn Thesen, welche die Notwendigkeit der Öffnung der Grenzen argumentieren, die zukünftige Politikgestaltung inspirieren könnten.

Lisa-Fittko-Preis für Fluchthilfe

In feierlichem Rahmen wurde Samstagabend erstmals die undotierte „Goldene Lisa“ in drei Kategorien verliehen. Die



PreisträgerInnen sind Maria Eitz für ihr Lebenswerk, die schwedische Kampagne *Refugee Air* in der Kategorie „Fluchthilfe innovativ“ und das Wiener Kollektiv *Erzsébet Szabó* für ihren Konvoi Budapest-Wien in der Kategorie „Fluchthilfe konkret“. Die ehemalige Fluchthelferin Maria Eitz, aufgewachsen in Deutschland, als Hausmädchen dem NS-Regime entflohen, lebt heute in den USA. Sie hat bereits seit den späten 1950 Jahren Kindern zur Flucht verholfen und war in zahlreichen asiatischen und afrikanischen Ländern aktiv, um vor allem Kinder über Grenzen zu bringen. Sie war bei der Preisverleihung sichtlich gerührt und stellte Bezüge zur aktuellen Situation her: „Ich kenne Deutschland als Land, das Flüchtlinge macht und dass es nun eines ist, das Flüchtlinge aufnimmt, das macht mich froh“. Abgerundet wurde die festliche Gala mit einem Auftritt der Jazzsängerin Jelena Kuljic und dem Pianisten Konstantin Kostov, die gemeinsam ein sehr passendes Lied vortrugen: „With a little help from my friends“.

In feierlichem Rahmen wurde Samstagabend erstmals die undotierte „Goldene Lisa“ in drei Kategorien verliehen.

Irene Messinger ist Politikwissenschaftlerin sowie Exil- und Migrationsforscherin und arbeitet aktuell zu Scheinehen in der NS-Zeit.

Gekürzte Fassung des Artikels „Kunstprojekt Schleppertagung“, erschienen in der Ausgabe 2/2015 der Zeitschrift der IG Kultur, Zentralorgan für Kulturpolitik und Propaganda „Freiheit. Macht. Erinnerung“, S. 42–46, Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der IG Kultur.

Krise ohne Ende

Vielfach geht es bei der Diskussion über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) um Zahlen, Quoten und Kontingente, die alltäglichen Probleme gehen häufig unter.

Von Katharina Glawischnig



Sie mussten sich damals über einen längeren Zeitraum in Traiskirchen aufhalten bis neue Stellen geschaffen wurden.

Die Antragszahlen sind stark gestiegen, die Betreuungskapazitäten nicht. Im Sommer mussten hunderte Kinder unter freiem Himmel schlafen und auch zum Jahreswechsel ist die Hälfte der 6.500 unbegleiteten Kinderflüchtlinge, die in Österreich auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten, nicht altersgerecht betreut. All das, trotz Veränderungen auf struktureller Ebene wie Sonderbetreuungsstellen, höheren Tagsätzen und einer Vielzahl von neuen Betreuungseinrichtungen.

Bis zum Jahresende haben rund 8.500 unbegleitete minderjährige Flücht-

ling (UMF) einen Asylantrag in Österreich gestellt. Das waren etwa 10 % aller Asylanträge innerhalb dieses Zeitraums. Vergleichen wir diese Zahl mit dem ebenfalls antragsstarken Jahr 2012, damals wurden 1.781 Anträge von UMF registriert und für 400 Jugendliche gab es keine Betreuungsplätze. Sie mussten sich damals über einen längeren Zeitraum in Traiskirchen aufhalten bis neue Stellen geschaffen wurden. Mittlerweile kann man von 400 UMF in Traiskirchen nur noch träumen. Der UMF-Höchststand lag im Sommer bei fast 2.000 Kindern und Jugendlichen ohne

unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Eltern im Lager Traiskirchen bei einem Gesamtbelag von über 4.000 Personen. Diese humanitäre Katastrophe wurde mit drastischen Bildern verschiedenster Medien begleitet, von regionalen Sendern bis zu CNN-Persia. Ziel der (wie viele Kritiker meinen) Inszenierung: möglichst viele Unentschlossene abzuhalten in Österreich Schutz zu suchen.

Die hohen Antragszahlen an sich sind beunruhigend, speziell der Blick auf die unmündigen UMF bereitet Sorgen, so haben bis Ende Oktober 459 Kinder unter 14 Jahren alleine den Weg nach Österreich gefunden. Sie kommen zum Großteil aus Afghanistan und Syrien und werden von Monat zu Monat mehr, allein im Oktober waren es gar 79 unmündige Kinder.

Vervielfachung der Betreuungsstellen

Alle Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf Schutz und Hilfe in Österreich und sollten neben einem schnellen Asylverfahren (das leider derzeit teilweise Jahre dauert) eine gute Unterbringung erhalten, die ihre Entwicklung bestmöglich fördert. Selbst wenn man sich hauptberuflich diesem Feld widmet verliert man den Überblick. Die ehemals 45 auf UMF spezialisierten Grundversorgungseinrichtungen der neun Länder haben sich verdoppelt und neue Betreuungsstellen sind im Aufbau. Vervielfacht haben sich auch die „Betreuungsstellen“ des Bundes. Im Sommer 2014 wurden UMF noch ausschließlich in Traiskirchen betreut, bis sie einer Grundversorgung der Länder zugewiesen werden konnten. Heutzutage gibt es elf vom Innenministerium (bzw. dessen Auftragnehmer ORS) betriebene Quartiere in denen über Österreich verteilt UMF untergebracht sind. Wenn auch die Erstaufnahme immer noch zentral über Traiskirchen abgewickelt wird, so gibt es



Jugendliche die in eine Sonderbetreuungsstelle verlegt werden und auch solche, die bis vor kurzer Zeit noch in einer alten Baumarkthalle (Leoben) untergekommen sind. Verglichen mit dem Sommer scheinen die Verhältnisse geradezu luxuriös, zumindest müssen wir jetzt im Winter nicht mehr von 900 Jugendlichen berichten, die in Traiskirchen unter freiem Himmel schlafen. Trotzdem liegt vieles im Argen.

Ein Gesetz zwei Auslegungen

Maßgeblich für die Betreuung von UMF ist die 15a-Vereinbarung zur Grundversorgung zwischen Bund und Ländern. Diese Vereinbarung legt unter anderem fest, wie viele Betreuungspersonen sich um UMF zu kümmern haben. Es gibt hier drei unterschiedliche Betreuungsschlüssel: 1:10, 1:15 und 1:20, wobei 1:10 das häufigste Betreuungsverhältnis mit derzeit rund 2.000 Plätzen in Österreich ist. Was bedeutet das nun? Hier sind sich der Bund und die Länder scheinbar uneinig. Aus der Länderperspektive bedeutet 1:10, dass 24 Stunden 7 Tage die Woche einE BetreuerIn für zehn UMF anwesend sein muss, im „Radldienst“ (Wechselschicht) versteht sich. Das bedeu-

Die ehemals 45 auf UMF spezialisierten Grundversorgungseinrichtungen der neun Länder haben sich verdoppelt und neue Betreuungsstellen sind im Aufbau.

tet, dass man als Betreiber rund fünf MitarbeiterInnen beschäftigen muss. Grob umgerechnet ergibt das dann 15–20 Betreuungsstunden pro Kind pro Woche. In der Bundesbetreuung herrscht hier ein anderes Verständnis. Laut dem Vertrag des Innenministeriums mit der Firma ORS dürfe einE BetreuerIn maximal 15 Bezugsjugendliche zugeordnet werden, womit klar gestellt ist, dass sich das Betreuungsverhältnis bei 1:15 oder besser bewegen muss. Was ist nun der Stein des Anstoßes? Das BMI versteht 1:15 so, dass einE BetreuerIn für 15 Jugendliche pro Woche anzustellen ist. Stellt man auch hier eine Berechnung an, so werden die Jugendlichen hier 38,5 Stunden pro Woche betreut und die restlichen 129,5 bleiben sie auf sich alleine gestellt. Wieder umgerechnet auf den/die einzelne Jugendliche ergibt sich eine Betreuungszeit von 2,5 Stunden pro Woche. Bedenkt man, dass in der Arbeitszeit nicht nur individuelle Betreuung für Jugendlichen geleistet werden kann, sondern zusätzlich allgemeiner Dienst versehen wird, wie z.B. Beaufsichtigung der Essensausgabe, Abhalten von Deutschstunden, Organisation und Kontrolle von Remunerationstätigkeiten, Nationengespräche, Ankunftsgespräche, etc. ist augenfällig, dass hier keine Betreuung stattfinden kann, sondern Kinder lediglich verwahrt werden.

Es stellt sich die berechtigte Frage, wer versteht hier was falsch, der Bund oder die Länder? Aus der Landesperspektive kommt nur eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung in Frage, anderenfalls wäre diese Betreuung von Minderjährigen nicht mit den Standards der ebenfalls auf Landesebene angesiedelten Kinder- und Jugendhilfe vereinbar. Der Bund tut sich hier etwas leichter, immerhin fühlt er sich nicht an diese Regelungen gebunden.

Für Flüchtlinge ist das Innenministerium zuständig, warum dieses Ministerium auch Kinder und Jugendliche „betreut“ bleibt unverständlich. Die Erklärung liegt wohl in dem Umstand, dass UMF vorrangig als Flüchtlinge und nicht als Kinder wahrgenommen werden. Erst nach der Altersfeststellung (die der Großteil der Kinder durchläuft), dem Abschluss des Zulassungsverfahrens und schließlich der Zuweisung in eine Grundversorgungseinrichtung der Länder, werden UMF schließlich wie Kinder betreut. Bis es so weit ist können bis zu 13 Monate vergehen.

Tagsatzerhöhung endlich beschlossen

Bei monatlichen Antragszahlen von über 1.100 UMF erhöhte sich über den Sommer der Druck auf die Verantwortlichen Maßnahmen zur Steigerung der Betreuungskapazitäten für UMF zu ergreifen. Ein zentrales Problem: mit einem Tagsatz von max. € 77,- lässt sich keine Einrichtung mit einem Betreuungsverhältnis von 1:10 finanzieren. Die Trägerorganisationen machten klar, dass sie nicht mehr für jede Einrichtung Zehntausende Euro aus Spendengeldern zuschießen können und wollen und fanden auch bei den Ländervertretern Unterstützung. Ende Juli verkündeten Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) eine Erhöhung des Tagsatzes für UMF-Wohngruppen (1:10 Betreuungsverhältnis) von € 77,- auf € 95,-. Das Gesetz sollte ehest möglich beschlossen werden und der neue Tagsatz sollte rückwirkend mit 1. August 2015 ausbezahlt werden. Diese Ankündigung löste heftige Betriebsamkeit im Betreuungsstellenbereich der Grundversorgung der Länder aus: Standorte wurden gesucht, Einrichtungen geplant und Personal rekrutiert. Die durchschnittliche Vorlaufzeit, bis die neuen Betreuungsstellen

unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

eröffnet werden können, beträgt rund sechs Monate, vorausschauende Planung ist daher absolut notwendig. Doch zum Leidwesen der Betreiber der neuen UMF-Quartiere wurde die angekündigte Tagssatzerhöhung erst Anfang Dezember beschlossen. Da es sich bei der Bestimmung einerseits um ein Verfassungsgesetz, das mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden muss, und andererseits um eine 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern handelt, mussten alle neun Landeshauptleute die Vereinbarung unterschreiben. Diese Unterschrift wurde vorerst von einigen verweigert, da die zuerst geforderte Erhöhung auch die Landesbudgets belasten würde und mittlerweile viel mehr Jugendliche auf die Länder aufzuteilen sind. Anfang Dezember kam endlich

die Information: Die 15a-Vereinbarung wurde beschlossen, die Tagsätze werden aber nicht in allen Ländern erhöht – es handelt sich bei den € 95,- um Höchstsätze, die nicht unbedingt ausgeschöpft werden müssen.

Wer bleibt auf der Strecke?

So erfreulich die Tagssatzerhöhung auch ist, einige Kinder und Jugendliche bleiben auf der Strecke. Neben dem 1:10 Betreuungsverhältnis gibt es noch die beiden anderen Betreuungskategorien 1:15 und 1:20 mit einem Tagsatz von € 63,5,- bzw. € 39,-. In diesen Kategorien gibt es an die 700 Betreuungsplätze.

In den vergangenen Jahren kam es in den meisten Bundesländern zu einer Qualitätssteigerung, bei der auch in vielen

transparent
solidarisch
weltoffen
fair

Die
Alternative
leben!



www.eza.cc

NATÜRLICH FAIR

1 Zahl hier inkl. der SBS Finkenstein.

bestehenden Verträgen das Betreuungsverhältnis auf 1:10 erhöht wurde. Nicht so in der Steiermark, dort gibt es nur Einrichtungen mit einem Betreuungsverhältnis von 1:15. Ein intensiveres Betreuungs-Setting scheint in der Steiermark nicht gewünscht zu werden, entweder wird es hier nicht „benötigt“ oder es ist zu teuer.

Auch andere Bundesländer machen beim Sparkurs auf dem Rücken von Jugendlichen mit. So hat Vorarlberg seine freien Erwachsenenplätze Anfang des Jahres mit UMF aufgefüllt, dass in diesen Quartieren die Betreuungskapazitäten entsprechend erhöht werden müssen, daran hat niemand gedacht. Auch Niederösterreich und Oberösterreich wollten mit Ende des Sommers dem Beispiel folgen und fortan 17-Jährige in Erwachsenenrichtungen unterbringen, wohlbemerkt alles unter dem Deckmantel des Kindeswohls. Schließlich gäbe es, so hörte man, Jugendliche die keine Unterstützung wünschen, die so schien es Deutschkenntnisse, Bildung und Integration quasi auf dem Weg nach Österreich aufgesammelt hätten.

Auch andere Bundesländer machen beim Sparkurs auf dem Rücken von Jugendlichen mit.

Auch Kärnten bleibt bei der Einrichtung von UMF-Quartieren säumig: So befanden sich Anfang Dezember weniger als 100 UMF in der Kärntner Grundversorgung und insgesamt wurden nur rund 150¹ der österreichweit 6.000 UMF im südlichsten Bundesland versorgt.

Der Schandfleck bleibt aber die EAST-Traiskirchen. Unter den 1.500 UMF, die sich mit Jahresende im Lager befanden, sind auch rund 60 unmündige UMF. Die unter 14-Jährigen dürfen das Lager nicht einmal verlassen. Dieser gefängnisartige Zustand hält für manche bereits seit zwei Monaten an, da kein Bundesland Interesse hat diese Kinder zu betreuen. Sie kommen nämlich teurer – da sie laut einem Beschluss der Kinder- und Jugendhilfe in (normale) sozialpädagogische Wohngemeinschaften der Kinder- und Jugendhilfe aufgenommen werden müssen. Nur in solchen Wohngemeinschaften werden Flüchtlingskinder nach den auch für andere (also österreichische) Kinder geltenden Standards betreut zu € 150,- Tagsatz und einer maximalen Gruppengröße von acht Kindern.

Sonderbetreuungsstellen

Die Notwendigkeit der Umsetzung der „EU-Richtlinie zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen“ (Aufnahmerichtlinie) bescherte uns eine neue Unterbringungsform: die so genannten Sonderbetreuungsstellen (SBS). Die mit 20. Juli 2015 umzusetzende EU-Richtlinie beinhaltet eine gesonderte Form der Unterbringung von Personen mit besonderem Betreuungsbedarf. Von den neuen SBS für UMF gibt es momentan fünf Stück, in Korneuburg, Mödling, Reichenau an der Rax (alle NÖ), Steinhaus am Semmering (Stmk.) und Finkenstein (Ktn.), weitere SBS sind in Verhandlung.



unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Kurz umrissen, handelt es sich bei einer SBS um ein Verteilquartier für UMF. Die tägliche Lebensrealität ist sitzen, warten, schlafen und hoffen auf einen besseren Platz, wenn man die Hoffnung noch nicht verloren hat. Schließlich handelt es sich bei einer SBS um eine Innenministerieinrichtung, mit den oben beschriebenen „Qualitätskriterien“, wenn auch ein bisschen mehr Personal beschäftigt wird, so wird die Rund-um-die-Uhr-Betreuung in der Nacht durch einen Sicherheitsdienst, anstatt durch SozialbetreuerInnen abgedeckt.



Pflegefamilien

Neben all der Hoffnungslosigkeit möchte doch auch eine erfreuliche Neuerung in der Betreuungslandschaft berichtet werden: Pflegefamilien für UMF.

Nichts scheint naheliegender als Kinder in Familien unterzubringen. Die Idee ist nicht neu: Während der Jugoslawienkriege wurden viele Kinder in österreichische Familien aufgenommen. Als sich immer mehr Menschen als Pflegeeltern für Flüchtlingskinder anboten, stieß dies bei den zuständigen Behörden auf wenig Gegenliebe. Pflegeelternsysteme sind schließlich auf die Vermittlung von Kleinkindern ausgelegt, bei UMF handelt es sich noch dazu um Kinder unsicheren Aufenthalts, fehlenden Sprachkenntnissen und mit anderem kulturellen Hintergrund. Dass das Pflegeelternsystem mit weniger Geld bessere Erfolge erzielen könnte, überzeugte schließlich die Verantwortlichen in der Mehrheit der Länder, so dass Pflegeelternsysteme momentan intensiv adaptiert werden.

Wien nimmt hier eine Vorreiterrolle ein, über 40 Kinder werden bereits in Familien betreut – Niederösterreich, Oberösterreich und die Steiermark haben

ebenfalls bereits ein System entwickelt. In Vorarlberg werden UMF nach Abschluss des Asylverfahrens vermittelt und in Tirol und Salzburg wird mit Jahreswechsel gestartet. Das Burgenland erfreut sich seines ersten Präzedenzfalls und auch in Kärnten wird es nicht mehr allzu lange dauern, bis sich auch dort eine engagierte Familie durch den Bürokratienschwung gekämpft hat.

Einziger Wehrmutstropfen ist momentan noch die Vermittlung der Jugendlichen. In der Bundesbetreuung gibt es keine Betreuungsbedarfserhebung, nicht jedes Kind passt in eine Familie oder möchte in einer Familie betreut werden, etc. Somit werden engagierte Menschen zurzeit noch meist damit alleine gelassen, sich ein Kind zu finden.

Die Trägerorganisationen machten klar, dass sie nicht mehr für jede Einrichtung Zehntausende Euro aus Spendengeldern zuschießen können und wollen.

„Geflüchtete Menschen an die Universitäten holen, ...“

Von Elisabeth Fiorioli

more
FLÜCHTLINGSINITIATIVE
DER UNIVERSITÄTEN

Geflüchtete Menschen an die Universitäten holen, ...

... ihnen Zugang zu Bildung und zum Wissensaustausch geben, sie aus dem lähmenden Warten langer Asylverfahren befreien, ihnen Perspektiven für ein mögliches Studium eröffnen – das ist die MORE-Initiative der Universitätenkonferenz, die mit dem Wintersemester 2015 gestartet wurde.

Unser erstes Konzept dazu hatte Platz auf einer DIN-A4-Seite, alles Übrige ist dann binnen weniger Wochen erstaunlich schnell gewachsen: Plätze in Lehrveranstaltungen wurden zur Verfügung gestellt, Deutschkurse geschaffen, Buddy-Systeme aufgebaut, Websites eingerichtet. Sponsoren und UnterstützerInnen sind hinzu gekommen. Rund 750 Geflüchtete haben in diesen ersten Wochen als MORE-Studierende an die Universitäten gefunden. Sie haben einen Studierendenausweis, Zugang zur Bibliothek und damit vor allem Zugang zu einer Welt der Normalität, in der sie nicht nur über ihr Fluchtschicksal definiert sind.

Bei allen Gesprächen und Treffen, die stattgefunden haben, um dieses Projekt zu starten, war die besondere Energie zu spüren, die in diesem Sommer durch weite Teile der Zivilgesellschaft ging. Komplexe administrative Strukturen an Universitäten waren nicht Hindernis, sondern sorgten für gute Abläufe, Probleme waren

nicht unüberwindbar, sondern wurden immer schon vor dem Horizont ihrer möglichen Lösungen gedacht. So viel war plötzlich möglich. Diese Ankommenden, Erschöpften, Wartenden, aus Krieg und Gewalt Entkommenen, für die wir mit der MORE-Initiative etwas machen wollen, haben offenbar auch etwas mit uns gemacht. Die an unsere Grenzen Kommenden bringen uns an unsere Grenzen, fordern unsere alltäglichen Arbeitsweisen heraus, verändern die Formen unserer Kooperation, erweitern unsere eigenen Fähigkeiten.

Ich frage mich, was diese Situation noch weiter mit uns machen wird, was diese unaufhaltsamen Umwälzungen mit unserer Gesellschaft machen werden. Ich frage mich, ob die Universitäten ein Grenzort sein werden, wo diese großen Themen der Veränderung mit den Mitteln des Denkens, Forschens und der künstlerischen Auseinandersetzung verhandelt werden können. An dem aus der Empörung über einen sich überfordert gebenden Staat Modelle für eine neue Form gesellschaftlicher Partizipation entwickelt werden können. Ich frage mich, ob sie der Sprache der Eskalation, den Vokabeln von „Krise“, „Welle“ und „Flut“ eine Sprache der Solidarität entgegenhalten werden können. Ich frage mich, ob MORE ein Anfang dafür sein kann.

www.more-uni.at

Syrian Links

Syrian Links
روابط سورية | KULTUR
REN I
N BEW
EGUNG

„Der Klang unserer Musik ist stärker als die schrecklichen Geräusche des Krieges in Syrien“

Syrrian Links ist ein von *kulturen in bewegung* realisiertes interkulturelles Projekt, das in Österreich lebende KünstlerInnen aus Syrien mit heimischen Kunstschaffenden zusammenbringt und einen künstlerischen Austausch anstößt. Die dabei entstehenden Synergien werden im Rahmen von gemeinsamen Auftritten präsentiert. Kontakte werden geknüpft und Fenster und Türen zu Kunst und Kultur aus Syrien geöffnet.

Neben der Initiierung künstlerischer Schaffensprozesse bildet Syrian Links auch eine Vernetzungs- und Informationsplattform für syrische KünstlerInnen in Österreich. In der Funktion einer Servicestelle vermittelt *kulturen in bewegung* Engagements, stellt Kontakte her, ermöglicht die Vernetzung mit der lokalen Kunstszene und hilft somit bei der Integration in den österreichischen Kulturbetrieb. Zusätzlich wird den syrischen Kunstschaffenden auf der Homepage, durch Facebook, Newsletter und andere Kommunikationsmittel eine breite Präsentationsfläche geboten.

Am 25. Februar werden unter dem Titel *Syrian Links – Open* in Österreich lebende KünstlerInnen aus Syrien gemeinsam mit österreichischen KollegInnen ein Programm gestalten.

Eröffnet wird der Abend von Mitgliedern des *Chors der Wiener Staatsoper* mit Liedern, die allesamt vom Orient inspiriert wurden.

Salah Ammo an der Bouzouk und der Oud-Spieler *Orwa Saleh* sind das Herzstück eines syrisch-österreichischen Ensembles, das anlässlich der Premiere im September 2015 bereits begeisterte Reaktionen hervorrief. Das Sextett spielt arabisch-kurdische Musik, die ihre persönlichen Erfahrungen zum musikalischen Ausdruck bringt. *Sakher Almonem* und *Lara Bonnel Almonem* sind feste Ensemblemitglieder der Tanzkompanie des Landestheater Linz. Ihre aktuelle Tanzperformance kreist rund um den Traum und die Wirklichkeit.

Die ORF-Moderatorin *Mari Lang* führt gemeinsam mit *Luna Al-Mousli* durch das Programm.

Ort: Wien, Akzent Theater

Zeit: 25. Februar, 19:30 Uhr

<http://www.kultureninbewegung.org/bereiche/aktuelle-projekte/syrian-links/>



Kurzmeldungen



Europäische Union: EU verbeugt sich vor Türkei

Die europäische Union begrüßt die türkische Zusage, strengere Weiterreisekontrollen an ihren Küsten durchführen zu wollen. Dafür wurden auch alle Forderungen Ankaras von der EU erfüllt: milliarden-schwere Subventionen, visumsfreie Einreise in den Schengenraum und eine Wiederaufnahme der EU-Mitgliedschaftsgespräche. Der Beweis, dass die Türkei Flüchtlinge und andere irreguläre MigrantInnen an ihrer Weiterreise über das Meer hindern kann, kam nur wenige Stunden nach dem Gipfeltreffen zwischen der EU und der Türkei am 29. November 2015, bei dem das Übereinkommen beschlossen wurde. In der nordwestlichen Küsten-

stadt Ayvacik nahm die türkische Polizei während einer morgendlichen Razzia rund 1.300 Menschen fest, die verdächtigt wurden, sich Richtung der griechischen Inseln aufmachen zu wollen. Vereinbart wurde eine von der EU gewährte Zahlung an die Türkei in der Höhe von anfänglichen drei Milliarden Euro (500 Mio. aus dem EU-Budget, 2,5 Mrd. von den EU-Mitgliedsstaaten) und die visumsfreie Einreise von türkischen StaatsbürgerInnen in den Schengenraum. Die drei Milliarden Euro sollen für die Instandhaltung und den Aufbau von Flüchtlingsunterkünften verwendet werden, die visumsfreie Reise sollte nach Erfüllung der Vereinbarung ab Oktober 2016 möglich sein. Einige Mitglieds-

staaten hatten Vorbehalte gegenüber diesem Abkommen, gaben aber angesichts der nach wie vor hohen Zahlen der Neuankommenden in Griechenland nach und stimmten trotz ständiger Verstöße der Türkei gegen Menschenrechte und Meinungsfreiheit für das Abkommen.

Österreich: Grazer Bürgermeister will nur Frauen und Mädchen als Flüchtlinge in Österreich

Im November 2015 sagte der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) in einer Rede, dass Flüchtlinge im Land herzlich willkommen sind. Das gilt aber nur für Frauen und Mädchen. Nagl meint, den Männern muss verständlich gemacht werden, dass es für sie hier keine Kapazitäten gibt. Auf breite Kritik konterte Nagl (Bürgermeister der „Menschenrechtsstadt“ Graz), dass auf einem sinkenden Boot auch den Frauen und Kindern der Vortritt gelassen wird und nicht den Männern.

Schweden: Keine Garantie mehr für adäquate Unterkünfte für neue AsylwerberInnen

Anfang November 2015 warnte der schwedische Migrationsminister, Morgan Johansson, davor,

dass Schweden gegenüber neuen AsylwerberInnen keine adäquate Unterkunft garantieren könne. Schweden forderte im Zuge dessen mehr Unterstützungsgelder von Seiten der EU und eine bessere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU. Als unbefriedigende, aber laut Ministerpräsident Stefan Löfven einzige Lösung werden nun auch in Schweden beheizte Zelte aufgestellt, außerdem werden Skiresorts und Freizeitparks als mögliche Unterkünfte angedacht. Der schwedische Ministerpräsident bedauerte, dass Schweden gezwungen sei, seine Gesetze für die kommenden drei Jahre an EU-Minimal-Standards adaptieren zu müssen. Die neuen Gesetze sollen sich, ganz im EU-Trend, auf Verschärfungen in folgenden Bereichen auswirken: Grenzkontrollen, erschwerte Familienzusammenführung, weniger permanente mehr begrenzte Aufenthaltstitel, akribische Altersfeststellungen bei UMFs. Laut einer Umfrage des schwedischen Meinungsforschungsinstituts SIFO, befürworten rund 70% der Befragten die Verschärfung des Asylrechts und die Einführung von Grenzkontrollen. Um Flüchtlinge vor der Einreise ins Land abzuhalten, wurden in sechs Ländern (unter anderem Ungarn, Griechenland, Türkei) Flyer mit dem Titel „no money, no jobs, no housing“ ausgeteilt - organisiert wurde diese Aktion von den rechtspopulistischen Schwedendemokraten. Werbespots mit ähnlichem Inhalt für Syrien und Afghanistan sind angedacht.

Schweden: Kein Palast

Königspalast wird AsylwerberInnen nicht als Unterkunft zur Verfügung gestellt. Forderungen von Teilen der Bevölkerung, das Königshaus für AsylwerberInnen zu öffnen und diese dort unterzubringen, wurden von Seiten des Königshauses abgewiesen. Der Palast sei eine Touristenattraktion, AsylwerberInnen würden diese Attraktion gefährden. Die vielen von der Königsfamilie nicht benutzten Räume seien mit Museen und Büroräumlichkeiten belegt und kommen daher als Unterkunft auch nicht in Frage.

Niederlande: Drohender Niedergang

Der niederländische Premierminister, Mark Rutte, reihte sich Ende November in die Schar jener, die angesichts der aktuellen Flüchtlingsbewegungen den Untergang Europas befürchten. „Wir alle wissen aus der Geschichte des römischen Reichs: Große Reiche gehen zu Grunde, wenn ihre Grenzen nicht geschützt werden“, sorgte

sich Rutte um den Fortbestand Europas. Dass der liberale Politiker die Kriegsherren des 5. Jahrhunderts mit unbewaffneten Flüchtlingen, die vor Krieg und Verfolgung Schutz suchen vergleiche, kritisierte unter anderem der belgische Universitätsprofessor Frank Caestecker. Der Wissenschaftler, der sich u.a. mit der Flucht österreichischer Juden nach Belgien beschäftigt hat, machte darauf aufmerksam, dass das Bild vom Untergang des römischen Reichs eigentlich Teil der Rhetorik rechter Politiker sei und ein Verrat der Grundlagen liberaler Politik darstelle.

Griechenland: Friedhof überfüllt

Lesbos hat Schwierigkeiten, ertrunkene AsylwerberInnen zu beerdigen: Der einzige Friedhof auf der Insel, auf der 100.000 EinwohnerInnen leben, bietet keinen Platz mehr, um ertrunkene und angeschwemmte Flüchtlinge zu beerdigen. Die Körper werden aktuell in der Leichenhalle aufbewahrt, die allerdings auch schon überfüllt ist.





Was in Zukunft mit Ertrunkenen geschieht, ist nicht bekannt.

Italien: Geld für Flüchtlingsaufnahme

Triest stellt jedem Privathaushalt monatlich € 400,- zur Verfügung, die AsylwerberInnen unterbringen: Da die öffentlichen Gebäude sowie verfügbare Hotels bis zur Grenze belegt sind, versucht die Regierung von Triest, auf diesem Weg AsylwerberInnen unterzubringen. Turin und Genua haben bereits ähnliche Angebote gemacht.

Niederlande: Rückkehr

Mehr abgewiesene AsylwerberInnen sind im vergangenen Jahr aus den Niederlanden in ihr Heimatland zurückgewiesen worden: Von den ca. 8.000 AsylwerberInnen, deren Antrag abgewiesen wurde, ist ca. die Hälfte entweder freiwillig oder per Abschiebung in deren Heimatland zurückgekehrt.

Die andere Hälfte lebt illegal in den Niederlanden weiter. Da angelehnte AsylwerberInnen nicht in den staatlichen Quartieren bleiben dürfen, werden sie in die Obdachlosigkeit entlassen.

Norwegen: Abschreckung I

Eine Negativkampagne soll AfghanInnen davon abhalten, nach Norwegen zu flüchten: Im November 2015 hat die Zuwanderungsbehörde per Twitter und Facebook afghanische StaatsbürgerInnen davor gewarnt, nach Norwegen zu reisen, da sie von dort wieder abgeschoben werden würden. Personen, die aus unsicheren Gebieten kommen, werden in sichere Bereiche zurückgeschickt. Dies wird sehr strikt gehandhabt, erfolgt die Ausreise nicht freiwillig wird sie mittels Gewalt erzwungen. Es wurden auch abschreckende Zeitungsartikel in afghanischen und russischen Zeitungen geschaltet; das Ziel

hinter den Aktionen ist, die Antragszahlen von Flüchtlingen zu senken.

Schweden: Abschreckung II

In Schweden wurde die Anti-Einwanderungspartei, Schwedendemokraten, mit einer Initiative, zur Abschreckung von AsylwerberInnen aktiv. Joakim Wallerstein, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Rechtspopulistischen Partei, teilte mit, dass Flyer, die AsylwerberInnen davon abhalten sollen nach Schweden zu reisen, in sechs Ländern verteilt werden (unter anderem Ungarn, Griechenland und Türkei). Die Flyer tragen den Titel „kein Geld, keine Jobs, keine Unterkunft“. Auch wird (fälschlicherweise) behauptet, dass es in Schweden verboten sei, eine Burka zu tragen. Es werde geplant, Spots mit ähnlichen Warnungen im syrischen und afghanischen Fernsehen auszustrahlen.

Griechenland/Mazedonien: Domino Effekt I

Nach der Entscheidung Mazedoniens nur mehr Flüchtlinge bestimmter Nationalitäten Richtung Norden passieren zu lassen, reagierte Ende des Jahres die griechische Regierung mit der Ankündigung AlgerierInnen, MarokkanerInnen und TunesierInnen in Zukunft als illegale MigrantInnen zu behandeln und abzuschieben. Als erster Schritt wurden 120 Personen auf verschiedenen griechischen Inseln festgenommen, um ins zentrale Abschiebegefängnis in Korinth überstellt zu werden.

Griechenland / Türkei: Domino Effekt II

Griechenland hat sich auf ein 2001 mit der Türkei abgeschlossenes Rückübernahmeabkommen berufen und versucht 11.000 Personen in die Türkei zurückzuschieben. Obwohl 4.000 von der Türkei auch akzeptiert wurden, konnten bis Jahresende lediglich acht tatsächlich zurückgeschoben werden. Griechische Medien sprachen zu Jahreswechsel davon, dass sich der Anteil der MigrantInnen bei den Neuankömmlingen auf den Inseln stark erhöht habe. Die Rede war von 50 %, erwähnt wurden u.a. KubanerInnen und NepalesInnen.

Bulgarien: Häufige Übergriffe

Gründe warum sich viele Flüchtlinge, die in der Türkei sind und Richtung EU weiter wollen, gegen den Landweg über Bulgarien und für einen gefährlicheren Weg übers Meer entscheiden, sind laut der International New York Times, vielfältig. Einerseits sind die Schleperkosten über das Meer billiger als übers Land. Andererseits wird der Realität, dass die Fingerabdrücke bei einem Eintritt ins Land bzw. bei einem Asylantrag genommen werden und später bei einer Weiterreise in ein anderes EU-Land ein „Fingerabdrucktreffer“ gemacht wird und dann eine Zurückweisung nach Bulgarien erfolgt, ausgewichen. Die Chance, ohne überhaupt seine Fingerabdrücke geben zu müssen, ist in Griechenland größer bzw. auch wenn sie gegeben werden, wird eher nur mehr selten nach Griechenland zurückgewie-

sen. Zudem gibt es von Flüchtlingen Anschuldigungen, dass die bulgarische Polizei und GrenzbeamtenInnen ihnen gegenüber gewalttätig werden, Hunde auf sie loslassen und sie bestehlen. Das alles wollen Flüchtlinge umgehen und entscheiden sich daher für den gefährlichen Weg übers Meer.

Ceuta (Spanien): Erneuter Grenzsturm

Zu Weihnachten versuchten hunderte Menschen die Grenzschutzanlagen der spanischen Enklave Ceuta zu überwinden. Der Massenansturm wurde gleichzeitig an der Landes- und Seegrenze vorgetragen und kostete zwei Personen das Leben, während 185 ihr Ziel erreichten. Zwölf Menschen mussten im örtlichen Krankenhaus behandelt werden.

EU: EURODAC

Die EU-Kommission forderte Kroatien, Italien und Griechenland auf, den Verpflichtungen des EURODAC-

Abkommens nachzukommen und alle AsylwerberInnen und illegale MigrantInnen innerhalb von 72 Stunden nach ihrer Ankunft zu registrieren. Eigentlich müssten diese Staaten an den EU-Außengrenzen die Fingerabdrücke und Personalien aller Flüchtlinge aufnehmen und sie im EURODAC-Zentralcomputer speichern. Diese Daten sind die Grundlage für die Feststellung, welches Land für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist (Dublin III-Verfahren).

EU / Ungarn: Verfahren

Die EU-Kommission übermittelte der ungarischen Regierung eine so genannte „begründete Stellungnahme“, die erste Stufe für ein Vertragsverletzungsverfahren. Der Grund sind die im Herbst beschlossenen Verschärfungen im Asylrecht und die Verweigerung von Übersetzungen von relevanten Dokumenten in Verfahren wegen „illegalen Grenzübertritts“. Die ungarische Regierung hat nun zwei





Monate Zeit für eine Antwort. Wenn diese nicht befriedigend ausfällt, könnte die Kommission, den europäischen Gerichtshof mit dem Fall befassen.

Griechenland: Hot Spots

Die fünf so genannten „Hot Spots“ mit einer Gesamtkapazität von 7.500 Plätzen, sollen laut Alexis Tsipras Anfang März in Betrieb gehen. Tsipras machte auch klar, dass eine Einschränkung der Flüchtlingsbewegungen über Griechenland in die EU nur durch ein leistungsstarkes Resettlement- oder Evakuierungssystem für Flüchtlinge aus der Türkei und anderen Erstaufnahmeländern möglich ist.

EU/Pakistan: Abschiebungen gescheitert

Der Versuch 36 pakistanische Flüchtlinge abzuschicken scheiterte Anfang Dezember an der Weigerung der pakistanischen Behörden, die abgelehnten AsylwerberInnen aus Griechenland, Belgien, UK und Österreich aus

dem Flugzeug aussteigen zu lassen. Diese Entwicklung überraschte die EU-Behörden, weil die Probleme bei der Rückübernahme von pakistanischen StaatsbürgerInnen nach einem Besuch des EU-Migrationskommissars Dimitris Avramopoulos Ende November in Islamabad gelöst schienen. Das Rückübernahmeabkommen der EU mit Pakistan stammt aus dem Jahre 2009 und war von Pakistan vorübergehend aufgekündigt worden nachdem Personen deren pakistanische Staatsbürgerschaft nicht zweifelsfrei festgestellt wurde aus der EU abgeschoben worden waren. Bei den im Dezember gescheiterten Rückführungen nahmen die pakistanischen Behörden nun das Fehlen von computerlesbaren Identitätskarten zum Anlass, die 36 Personen, trotz von den pakistanischen Vertretungsbehörden ausgestellten Rückreisepapieren, wieder nach Europa zu schicken.

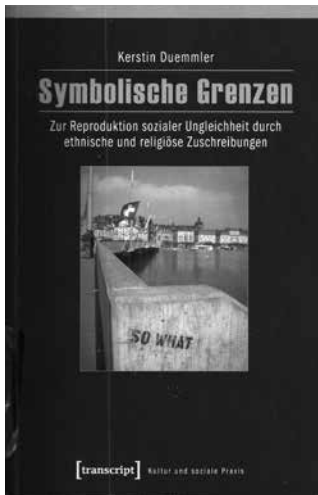
Belgien: Abschreckung III

Der belgische Staatssekretär für Asyl und Immigration, Theo

Francken, versuchte in den letzten Monaten durch verschiedene Maßnahmen Flüchtlinge davon abzuhalten in Belgien Asylanträge zu stellen. Zuerst wurden Briefe an frisch angekommene AsylwerberInnen verschickt, die gezielte Fehlinformationen über Asylverfahren und die Möglichkeiten für Familienzusammenführungen enthielten.

Die belgische Anwaltskammer schickte daraufhin Mitglieder zu den Flüchtlingerstaufnahmestellen, um vor Ort die AsylwerberInnen über ihre Rechte zu informieren. Unter anderem taten sie dies in einem Bus vor der Zentralen Registrierungsstelle in Brüssel. Staatssekretär Francken warf den AnwältInnen daraufhin Geschäftemacherei vor und forderte sie auch aufzuhören auf diese Weise KlientInnen zu rekrutieren. Stephan Boomen, Präsident der Brüsseler Anwaltskammer reagierte scharf auf diese Vorwürfe und versicherte auch 2016 Flüchtlinge dabei zu unterstützen zu ihrem Recht zu kommen.

Medien



Symbolische Grenzen

Kerstin Duemmler setzt sich in ihrer Dissertation mit symbolischen Grenzen, Grenzziehungsprozessen und Zuschreibungen auseinander und führte dazu quantitative (Telefonumfragen) und qualitative (ethnografische Interviews und Beobachtungen in Schulen) Forschungen im Schweizer Kanton Luzern durch. Duemmlers Interesse lag darin, wie sich Zuschreibungen auf die Identitätsbildung von Jugendlichen auswirken und ihr Ziel ist, zur aktuellen Diskussion des Ungleichverhältnisses beizutragen.

Duemmlers Dissertation ist als vorbildliche sozialwissenschaftliche Arbeit aufgebaut: Es wird eingehend auf anthropologische Theorien, die Forschungsfrage und den

Forschungsprozess eingegangen. Auch die verwendeten qualitativen und quantitativen Methoden werden erläutert. Theoretisch bezieht sich Duemmler auf anthropologische Konzepte von TheoretikerInnen der Ethnizitätsforschung zu „Wir“ und „die Anderen“, soziale Identitäten oder Gruppenbildungen – vor allem beim theoretischen Teil ist ein anthropologisches Vorwissen bzw. Interesse von Vorteil. Es ist weniger ein Überblickswerk, sondern dient zur Vertiefung. Duemmler geht auf die Situation in der Schweiz geschichtlich ein und gibt einen Überblick, wie sich Einwanderung, Fremdenhass, Integrationspolitik und die Situation von Religionsgemeinschaften gesellschaftlich und politisch entwickeln. Erforscht wird, wie ItalienerInnen, KosovarInnen und MuslimInnen aufgenommen wurden, welche Problematiken sich für diese ergeben und wie Jugendliche mit migrantischen Gruppen umgehen. Speziell der Umgang von Schweizer Jugendlichen mit MuslimInnen spielt eine Rolle. Zum Prozess der Grenzziehung greift Duemmler Kategorien wie Sprache, Charaktereigenschaften und Religion auf und zeigt so ein gewisses Maß an Fremdenfeindlichkeit von Schweizer SchülerInnen – Religion und

Gender spielen wichtige Rollen. Auch die Eigenwahrnehmung von migrantischen Jugendlichen und die Sichtweise von Schulen und LehrerInnen lässt Duemmler in ihre Forschung einfließen und kommt zu dem Ergebnis, dass Schulen maßgeblich zu Grenzziehungen beitragen. Ein weiteres zentrales Ergebnis ist, dass weniger die ethnischen als vielmehr die religiösen Differenzen zur Grenzziehung unter Jugendlichen beitragen. Alle Ergebnisse fasst Duemmler am Ende in sieben Thesen etwa zu Religion und Identität zusammen.

Aufgrund der gesetzlichen und geschichtlichen Rahmenbedingungen lassen sich die Forschungsergebnisse sicherlich nicht eins zu eins auf Österreich umlegen. Das Werk zeigt trotzdem die Situation unter Jugendlichen bezüglich MigrantInnen in Mitteleuropa. Der/Die LeserIn kann sich so vor allem durch die Fallbeispiele ein gutes Bild dieser Situation unter Jugendlichen machen.

LW

Duemmler, Kerstin: Symbolische Grenzen. Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit durch ethnische und religiöse Zuschreibungen. transcript Verlag. Bielefeld. 2015. 439 Seiten, € 38,10



Failed State Irak

In dem Buch behandeln unterschiedliche AutorInnen die Geschichte und derzeitige Situation im Irak. Liselotte Abid befasst sich sowohl mit den Kulturen und Ethnien, als auch den Religionen im Irak: mit arabischen Schiiten und Sunniten, TurkmenInnen oder KurdInnen, genauso wie mit christlichen Gemeinden, YezidInnen und Mandäer und setzt sich mit Flucht und Vertreibung dieser Gruppen auseinander.

Karin Kneissl beschäftigt sich mit der Geschichte des Irak bis hin zur aktuellen Situation, wobei vor allem die Rohstoffe und der Kampf um das Öl eine Rolle spielen. Das reichliche Ölvorkommen hat demnach großen Einfluss auf die Entwicklung, wobei auch Europa und die USA wesentliche Player sind.

Im Anschluss geht Tyma Kraitt auf die politischen Verhältnisse ein – vor allem auf den Aufstieg und die Machterlangung der Baath-Partei und damit Saddam

Husseins, worauf Hans-Christoph von Sponneck mit der Auseinandersetzung von UN-Sanktionen gegen den Irak anschließt.

Auch bei Joachim Guillard spielt Öl eine wesentliche Rolle, denn er behandelt in seinem Artikel den Irak unter der US-Besatzung und wie es dadurch auch wieder zu religiös motivierter Gewalt kam.

Myassa Kraitt sieht sich die Situation im Irak aus frauenpolitischer Sicht an und beschäftigt sich mit Frauenrechten und der allgemeinen Situation der Frauen. Nikolaus Brauns interessiert sich in seinem Artikel für die Situationen der KurdInnen, dem Verhältnis der KurdInnen zur USA und der Entstehung des kurdischen Autonomiegebietes. Auch bei Ali-Cem Deniz spielen KurdInnen eine Rolle, er behandelt das Verhältnis zwischen der Türkei und dem Irak.

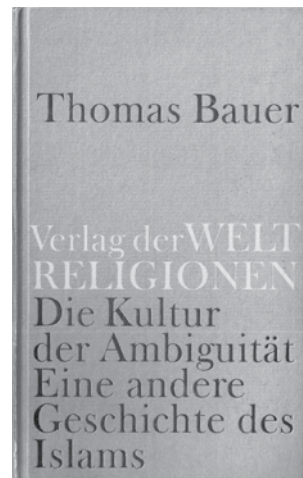
Werner Ruf interessiert sich erneut für die Öl- und Gasressourcen und inwieweit die Nachbarländer, aber auch die EU damit umgehen. Hier werden geplante und bestehende Pipelines thematisiert und welche Auswirkungen der aktuelle Krieg auf die Versorgung hat. Speziell die Verschlechterung der Versorgung seitdem der IS im Irak weiter vorstieß wird hier thematisiert.

Im letzten Artikel werden von Reza Nourbakhch-Sabet die ökologischen Gegebenheiten und deren Veränderungen durch unterschiedliche Bauprojekte, aber auch durch den Einmarsch des IS behandelt.

Das Buch bietet somit einen Einblick in unterschiedliche Bereiche des Landes und einen guten Überblick. Eine historische Zeitleiste am Ende des Buches hilft dabei, den geschichtlichen Überblick nicht zu verlieren. Öl spielt in fast allen Artikel eine Rolle, egal ob Politik, Ökologie oder der Machtergreifung des IS, was die Abhängigkeit des Landes von dieser Ressource zeigt. Obwohl das Buch am Stand Jänner 2015 ist, sind manche beschriebenen Situationen nicht mehr aktuell, wie etwa die Beziehung der Türkei zu den KurdInnen, was aber den rapiden Transformationen dieser Region zurzeit geschuldet ist.

LW

Kraitt, Tyma (Hg.): Irak. Ein Staat zerfällt. Hintergründe, Analyse, Berichte. Promedia Verlag. Wien. 2015. 217 Seiten, € 17,90



Islam anders

Ambiguität (Vieldeutigkeit, Mehrdeutigkeit) ist ein Begriff der ursprünglich aus der Sprachwissen-

schaft kommt und in der Psychologie im Begriff der Ambiguitätstoleranz auftaucht, der Fähigkeit Mehrdeutigkeiten, unklare Verhältnisse auszuhalten. Ambiguitätstoleranz ist das was heute, in Zeiten allgegenwärtiger Fundamentalismen (religiöser, politischer, antireligiöser, etc.) schmerzlich fehlt. Das Gegenteil, den zwanghaften Drang nur eine Wahrheit gelten zu lassen, nur die eigenen Werte als gültig anzuerkennen, nur einen Weg zu Gott als den allgemein seligmachenden zu postulieren, finden wir hingegen an allen Ecken und Enden – in blutigen Religions- und Bürgerkriegen, aber auch in Integrationsprogrammen, Leitartikeln und Internetforen.

Der in Münster lehrende Arabist und Islamwissenschaftler Thomas Bauer findet Ambiguitätstoleranz dort, wo wir sie, wenn wir dem aktuellen Meinungsmainstream folgen, am wenigsten suchen würden: im Islam. Freilich nicht in den einflussreichen aktuellen Strömungen dieser vielstimmigen Weltreligion, sondern (im Wesentlichen) in deren nachformativen Phase vom 11. bis ins 16. Jahrhundert. Wobei der wesentliche Bruch (das Ende der Vieldeutigkeiten) – und das ist eine der zentralen Thesen in Bauers Buch – erst durch und in der Auseinandersetzung mit der westlichen Moderne im 19. Jahrhundert eingetreten ist.

In der Flut wissenschaftlicher und populärwissenschaftlicher Publikationen ist dieses Buch ein Glücksfall: klare Sprache, nachvoll-

ziehbare Thesen auf Grundlage umfassender Quellenstudien.

Bauers Ausgangspunkt ist dabei die gegenwärtige Situation, in der der Islam als gewalttätige Religion mit dem Ziel einer umfassenden Islamisierung der Gesellschaften in seinem Einflussbereich (den er zudem ständig vergrößern will) konstruiert wird. Dass salafistische Eiferer, wahhabitische Potentaten und jihadistische KämpferInnen, viel zu diesem Bild beitragen, wird ebenso dargestellt, wie die Tatsache, dass auch im Westen gern gesehene Modernisierer des Islam keine wirkliche Alternative darstellen. Ihnen fehlt nämlich ebenso wie den sich auf die Altvorderen (as-salaf) beziehenden Salafisten eine wichtige Eigenschaft der arabisch/islamischen Gesellschaften, in der eben jene Altvorderen lebten und wirkten: die Fähigkeit mit Widersprüchen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (lustvoll) umzugehen.

Nach einer einleitenden schon für sich sehr lesenswerten Auseinandersetzung mit dem Begriff der Ambiguität in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, zeigt Bauer kenntnisreich, eloquent und dadurch auch für NichtfachwissenschaftlerInnen fesselnd, den fruchtbaren Umgang mit Ambiguität in unterschiedlichen Bereichen der arabisch/islamischen Gesellschaft des 11. bis 16. Jahrhunderts. Einer Zeit, die von den VerfechterInnen der modernen Eindeutigkeit in West und Ost gerade wegen ihrer Lust an Mehrdeutigkeiten als Epoche des Niedergangs konstruiert

wird. Zu Beginn steht der Koran, der anders als heutige AnhängerInnen einer wörtlichen und somit angeblich eindeutigen Auslegung es darzustellen versuchen, in mehreren mehr oder weniger gleichberechtigten Lesarten überliefert wurde. Dekonstruiert wird auch die im Westen beliebte Idee, einer umfassend islamischen Kultur auf Grundlage der Theologie. Bauer zeigt, dass Staat, Recht, Literatur und Sexualität durchaus eigenständige Bereiche jener vormodernen Gesellschaft waren, die jeder für sich Mechanismen kannten mit der, gesellschaftlichen Realitäten eigenen Ambiguität umzugehen.

Gegen Ende des Buches rückt dann zusehends die westliche Kultur ins Blickfeld. Bauer untersucht anhand des unterschiedlichen Umgangs mit dem „Fremden“ die Ursprünge des europäischen Sonderwegs – einer gewaltsamen Unterwerfung anderer Erdteile. Einen wichtigen Beweggrund für diese Expansion sieht er in einem auf außergewöhnliche Ambiguitätsintoleranz zurückzuführenden Universalisierungsehrgeiz des Westens. Und da wären wir wieder ganz im Hier und Jetzt, wo die Unfähigkeit weiter Teile unserer Gesellschaft, Vieldeutigkeit zu ertragen, in einen Zwang zur Anpassung und Unterwerfung unter angeblich allgemein gültiger „Werte“ gipfelt. Bauer ist aber keinesfalls ein Kulturpessimist und sieht in postmodernem Skeptizismus und der in Kunst und Literatur aller Epochen zu Tage tretenden Lust an Mehrdeutigkeiten durchaus das Poten-

tial, den Glauben, sich im Besitz der einzigen Wahrheit zu befinden, hinter sich zu lassen.

HL

Thomas Bauer: Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams. Berlin 2011, Insel Verlag. 462 Seiten, € 36,-
Vortrag / Buchvorstellung von Thomas Bauer: <https://vimeo.com/35009659>

Train of Hope

Ein Mikrokosmos mitten in Wien. Entstanden durch die geballte Not tausender ankommender Menschen und Schutzsuchender, aus dem Krieg geflohen, die bei uns Zuflucht suchen. Dieser Hilfeschrei, diese unmittelbare Not, hat einige Menschen bewegt, berührt und so betroffen gemacht, dass sie aus dieser anfänglichen Ohnmacht heraus, aus dem Nichts, beginnend mit Wasserflaschen einen kleinen Kosmos, eine kleine Stadt, eine

kleine Welt am Hauptbahnhof geschaffen haben. Hier fanden von Anfang September bis in den November hinein tausende Flüchtlinge nach einer oftmals langen und schweren Flucht Schutz und erhielten die nötige Erstversorgung.

Die Filmemacherin und Ethnologin Ixy Noever: „Als ich erstmals in diese Welt eintauchte, war ich überwältigt von den Wogen der Hilfsbereitschaft, Spontaneität, Menschlichkeit und einem Gemeinschaftssinn, die auf mich überschwappten. In diesem Sog ur-menschlichster Werte, die ich oftmals vermisste in unserer Gesellschaft, entschied ich mich spontan, aus dem Herzen heraus, diesen Film zu machen.“

Der Film zeigt auf, was die freiwilligen HelferInnen bewegt, mitzuwirken, er verschafft einen Einblick, wie dieser Kosmos der Menschlichkeit mitten in unserer Welt und doch im Abseits entste-

hen und sich entwickeln konnte. Der Film bringt auf einfühlsame und behutsame Weise durch vielfältige Portraits der freiwilligen HelferInnen von „Train of Hope“ sowie einiger der Schutzsuchenden die facettenreiche bunte Vielfalt von Menschlichkeit zum Ausdruck. Möge der Film dazu beitragen, die bunte kulturelle Vielfalt für uns alle als Chance der Bereicherung zu sehen. Möge er die Menschlichkeit ein Stück weit potenzieren und uns wieder in Erinnerung rufen, dass sie es ist, die uns alle miteinander verbindet.

TRAIN OF HOPE – ein Portrait der Menschlichkeit

Anna Ixy Noever – A 2015, 35 min.

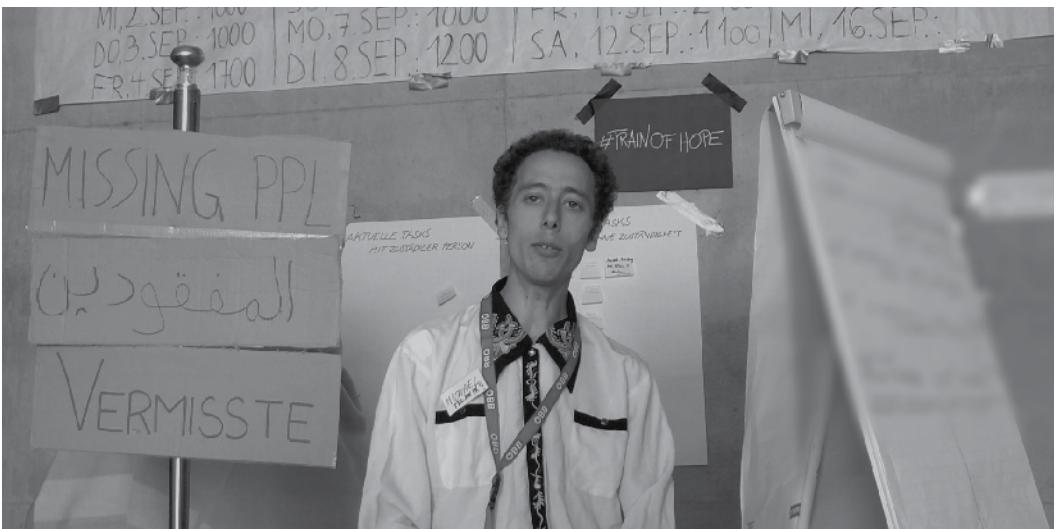
Drehbuch: Anna Ixy Noever

Kamera: Rüdiger Krenn / Anna Ixy

Noever Schnitt: Yann Böhmer

Musik: Herbert Sinus

<https://vimeo.com/149017148>



Der Carlos!

Von Mehrdad Haghighat



Als ich anfing die Nachrichten zu verstehen, gab es auf der Welt nur einige wenige überschaubare Brandherde. Das Wichtigste war vielleicht der immer noch andauernde Israel-Palästina-Konflikt. Deshalb hatten wir ab und zu eine Flugzeugentführung, die öfters mit der Freilassung einiger palästinensischer Gefangener und meist unblutig zu Ende ging.

Wir hatten noch den berühmten Terroristen „Carlos“, der weltweit so bekannt war, dass der Arme nicht einmal ruhig aufs Klo gehen konnte ohne unerkannt zu bleiben.

Was noch zu erwähnen wäre, waren die schier wöchentlichen amerikanischen Militärputschs da und dort, insbesondere in Lateinamerika.

Dagegen hatten wir weltweit genügend Anti-Kriegs-Aktivistinnen und Friedensbewegungen. Es gab sogar Menschen, die für die Abschaffung der Armeen waren. Speziell in Österreich waren es gar nicht so wenige Mutige, die den Militärdienst verweigerten und dafür sogar Gefängnis in Kauf nahmen. Unser heutiger Zivildienst kam übrigens infolgedessen zustande. Der Krieg und jede Art einer Beteiligung oder Unterstützung wurde so sehr abgelehnt und galt als so abscheulich, dass manche Länder ihre Waffengeschäfte sogar verheimlichten, weil sie sich dafür genierten ...

Die damalige Ordnung der Welt, im Gegensatz zur heutigen „Weltordnung“ unter der Obermacht USA, erlaubte manchen Menschen ohne großartige Bedenken und trotz aller Grenzkontrollen in kleinen Gruppen mit einem VW-Bus quer durch das so genannte Ost-Europa, die Türkei, den Iran, Afghanistan, Pakistan, Indien bis nach Nepal zu reisen und auch heil wieder zurückzukommen. Und heute?

Heute steigt weltweit fast stündlich die Anzahl der Krisenherde, Terroristen und die damit verbundenen Gewinne in Sachen Waffengeschäfte. Die bisher größten Waffendeals der Geschichte fanden unter einem Mann statt, der sogar den Friedens-Nobelpreis für sein Vorhaben und sein Wahlversprechen erhielt (im Oktober 2010 vereinbarten USA und Saudi-Arabien den größten Waffendeal aller Zeiten mit einem Anfangswert von 60 Milliarden US-Dollar, Tendenz steigend – durch Service, Ersatzteile, Schulungen etc.).

Manche Länder der Welt haben kaum mehr Platz für ihre Panzer: der Golfstaat Katar, eine Halbinsel mit 11.600 km² Fläche (Österreich hat etwas mehr als 83.800 km²) und etwas mehr als zwei Millionen EinwohnerInnen hat ca. 400 verschiedenen Panzer. Das heißt pro 29 km² und pro 5.000 EinwohnerInnen ein Panzer. Tendenz steigend.

Die Saudis mit ca. 30 Millionen EinwohnerInnen haben ca. 750 Kampfflugzeuge- und Hubschrauber. Das heißt pro 40.000 EinwohnerInnen eine Maschine. Tendenz steigend.

Obwohl das Gegengewicht der NATO, der Warschauer Pakt, längst Teil der Geschichte geworden ist, hat die NATO nicht nur nicht abgebaut, sondern mit einer unglaublichen Geschwindigkeit erweitert und aufgerüstet. Und die USA mischen sich mehr denn je in jede „Sch...“ ein. Manchmal bekommt man das Gefühl, dass Konflikte eigens konstruiert werden, damit die USA als Held und Retter eingreifen können.

In so einer Situation wird jedes Land, das sich nicht dieser einzigartigen Ordnung unterwirft, taxfrei zum Feind erklärt. In Folge versuchen diese angeblichen „Feinde“, wenn sie nicht ganz so leicht wie Saddam Hussein oder Gaddafi zu beseitigen sind, sich noch mehr zu bewaffnen, schon alleine um mithalten zu können.

Der Status heute: Große Teile der Welt sind ein Pulverfass geworden und viele Armeen befinden sich in Kampfbereitschaft. Die einzige Konsequenz kann nur Schießen und Krieg sein. Es hat sich vielfach herausgestellt, dass die sogenannten amerikanischen Verbündeten keine einfachen Waffensammler sind, sondern viel mehr als unberechenbar eingeschätzt werden müssen. Abgesehen davon, dass bei diesen Stellvertreterkriegen oftmals die neuesten Waffen in die Hände der anderen Partei gelangen.

Im Nahen Osten sind außer den laufenden Kriegen (die Demokratie, Ordnung, Wohlstand usw. bringen wollten), neue militärische Auseinandersetzungen nicht unwahrscheinlich. Etwa zwischen den Arabern und dem Iran oder Aserbaidshan und Armenien. Den Grund dafür wird man später sicherlich irgendwie finden.

Die Saudis, als ein Verbündeter der USA, dürfen im Jemen das machen, was die Amerikaner in Afghanistan und im Irak vorgemacht haben.

Wir wollen doch nicht annehmen, dass der Kampfeinsatz im Jemen eventuell ein Übungsfeld für die unerfahrene Saudische Armee ist? Als Vorbereitung für, tja, wofür eigentlich?